

21. 01. 92

21 Seiten

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die 37. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung
vom 17. bis 22. Oktober 1991 in Madrid

Die 37. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung fand vom 17. bis 22. Oktober 1991 in Madrid statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Bundestag

Abg. Klaus Francke (Hamburg) (CDU/CSU), Leiter der Delegation
Abg. Hans-Dirk Bierling (CDU/CSU)
Abg. Dr. Wolfgang Götzer (CDU/CSU)
Abg. Erwin Horn (SPD)
Abg. Lothar Ibrügger (SPD)
Abg. Ulrich Irmer (FDP)
Abg. Dr. Dietmar Kansy (CDU/CSU)
Abg. Walter Kolbow (SPD)
Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)
Abg. Markus Meckel (SPD)
Abg. Manfred Opel (SPD)
Abg. Helmut Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)
Abg. Dr. Harald Schreiber (CDU/CSU)
Abg. Dr. Conrad Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)
Abg. Brigitte Schulte (Hameln) (SPD)
Abg. Dr. Klaus Dieter Uelhoff (CDU/CSU)
Abg. Karsten D. Voigt (Frankfurt) (SPD)
Abg. Dr. Norbert Wiczorek (SPD)
Abg. Michael Wonneberger (CDU/CSU)
Abg. Uta Zapf (SPD)

Bundesrat

Senator Volker Kröning (SPD), Bremen, stellvertretender Leiter der Delegation
Minister Dr. Ulrich Born (CDU/CSU), Mecklenburg-Vorpommern
Minister Prof. Dr. Hans Peter Bull (SPD), Schleswig-Holstein

Minister Dr. Heinz Eynch (CDU/CSU), Baden-Württemberg
Staatsminister Florian Gerster (SPD), Rheinland-Pfalz
Staatsminister Dr. Thomas Goppel (CDU/CSU), Bayern
Staatsminister Dr. Herbert Günther (SPD), Hessen
Senator Peter Zumkley (SPD), Hamburg

Ablauf der Tagung

Die Ausschüsse der Nordatlantischen Versammlung tagten am 18. und 19. Oktober 1991 im Gebäude des spanischen Senats in Madrid (S. 2 - S. 9). Die Plenarsitzung, die am 21. Oktober 1991 ebenfalls im Senatsgebäude stattfand, wurde vom Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Charlie Rose (USA) mit einer Ansprache eröffnet (S. 9). Es folgten Ansprachen des spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzalez (S. 10) und des Generalsekretärs der NATO, Dr. Manfred Wörner (S. 10). Danach sprach der Außenminister der Republik Ungarn, Geza Jenesszky, zu den Delegierten (S. 11). Im Anschluß daran nahm die Versammlung die Entschließungsanträge der Ausschüsse an (Anhang S. 15). Anschließend gab der Schatzmeister der Nordatlantischen Versammlung, Senator Laucournet, seinen Bericht ab, dem dann die Verabschiedung des NAV-Haushaltes 1992 folgte. Die anschließende Aussprache im Plenum stand unter dem Thema „Die NATO nach dem Umbruch in der Sowjetunion“. Hierzu sprachen von der deutschen Delegation Abg. **Klaus Francke** (S. 12), Senator **Volker Kröning** (S. 12), Abg. **Brigitte Schulte** (S. 12), Abg. **Hans-Dirk Bierling** (S. 12) und Abg. **Uta Zapf** (S. 13). Am Ende der Sitzung verabschiedete die Versammlung eine vom Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses, Abg. George (Vereinigtes

Königreich), vorgelegte Entschließung zum Thema der Plenardebatte (Anhang S. 20).

Auf Anregung des Leiters der deutschen Delegation, Abg. Klaus Francke, waren Vertreter der drei baltischen Republiken als Beobachter zur 37. Jahrestagung der NAV eingeladen worden. Anlässlich der Plenarsitzung am 21. Oktober 1991 verlieh die Nordatlantische Versammlung den Vertretern aus Estland, Lettland und Litauen den Status assoziierter Delegationen.

Am 18. Oktober 1991 traf die deutsche Delegation mit den Mitgliedern der assoziierten Delegationen der CSFR, Ungarns, Polens, Rumaniens und der Sowjetunion sowie den Vertretern Estlands, Lettlands, Litauens und der Russischen Föderation zu einem Arbeitessen zusammen. Diese Begegnung diente der Fortsetzung des Gedankenaustausches mit den osteuropäischen Parlamentariern insbesondere über Fragen der weiteren Zusammenarbeit innerhalb der NAV sowie über Möglichkeiten der Unterstützung der osteuropäischen Länder im Rahmen der NAV. Der bei diesem Arbeitessen ebenfalls anwesende Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Prof. Dr. Manfred Abelein, stellte Aufgaben und Ziele der Bank, die in erster Linie von den osteuropäischen Ländern in Anspruch genommen werden soll, vor.

Ausschuß für Zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für Zivile Angelegenheiten tagte am 18. und 19. Oktober 1991 unter dem Vorsitz von Senator **Genton** (Frankreich).

Der Präsident des Parlaments der Republik Kroatien, **Dr. Zarko Domljan**, gab einen Bericht über die aktuelle Lage im Krisengebiet Jugoslawien. Er bezeichnete den von den Serben gegen Kroatien geführten Krieg als einen eklatanten Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki und die Charta von Paris für ein neues Europa. Das eigentliche Ziel der Serben sei es, eine Änderung der Grenzen herbeizuführen und das Rumpfjugoslawien unter die Kontrolle eines Großserbiens zu bringen. Es sei kein ethnischer oder Bürgerkrieg, der hier geführt werde, das Wesen des Konflikts bestehe vielmehr darin, den Sozialismus in Jugoslawien auf jugoslawischem Boden zu verfestigen. Kroatien sei einst ein starker und unabhängiger Staat mit eigenen Traditionen, Kultur und Strukturen gewesen. Die Tragödie des kroatischen Volkes habe vor 74 Jahren begonnen, als Kroatien gegen den Willen des Volkes Jugoslawien einverleibt worden sei. Jugoslawien sei ein fehlgeschlagener Versuch, der sich als teuer und unvernünftig erwiesen habe. Der EG-Ministerrat habe in einer Entschließung vom Juli 1991 die Republik Serbien und die sogenannte jugoslawische Armee als Aggressoren bezeichnet, jedoch effiziente Maßnahmen nicht folgen lassen. Die neuen politischen Realitäten in Jugoslawien müßten akzeptiert werden. Das Zögern von Seiten der Europäischen Gemeinschaft, was die diplomatische Anerkennung der Republiken Slowenien und Kroatien anbelange, habe zum Krieg mit beigetragen. Das Motto der Renaissance-Stadt Dubrovnik „Freiheit wird nicht für

alles Geld verkauft“ sei nun auch das Motto von ganz Kroatien geworden. Europa sollte die Agonie von Kroatien nicht weiter aufrechterhalten, sondern Kroatien anerkennen und wirksam vor Aggressionen schützen.

In der anschließenden Diskussion bat Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich) um Klarstellung, welche Rolle die NATO-Länder nach Auffassung von Kroatien in diesem Konflikt übernehmen sollten. **Dr. Zarko Domljan** führte hierzu aus, der Konflikt sei ohne Hilfe aus dem Ausland nicht zu lösen. Kroatien bitte daher zur Trennung der kriegführenden Parteien um Entsendung von sogenannten Blauhelmsoldaten. Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich) erklärte hierzu, das Dilemma sei, daß es im Krisengebiet Jugoslawien keinen Frieden zu verteidigen oder zu erhalten gebe. Auf die Frage von Abg. **van Weezel** (Niederlande), wie in einem unabhängigen kroatischen Staat die Minderheitenfrage gesehen würde, antwortete **Dr. Zarko Domljan**, in Kroatien könnten Garantien wie in anderen demokratischen Staaten gegeben werden. Senator **Borderas** (Spanien) wies darauf hin, daß es nur schwer nachvollziehbar sei, die jugoslawischen Generale allein verantwortlich für den Konflikt zu machen, insbesondere da Kroatien so lange Zeit Mitglied im jugoslawischen Staatsverband gewesen sei. **Lord Lucas of Chilworth** (Vereinigtes Königreich) führte aus, der Wille der NATO zu Hilfeleistungen im Krisengebiet sei vorhanden, es gebe für die NATO jedoch keine juristische Grundlage zum Eingreifen. Vielmehr könne ein solches als Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates betrachtet werden.

Abg. **Ruperez** (Spanien) führte aus, in den vergangenen 74 Jahren sei der Vielvölkerstaat Jugoslawien ein Stabilitätsfaktor gewesen, an den man sich gewöhnt habe. Er wolle daher die Frage aufwerfen, ob es nicht doch etwas gebe, was nach 74 Jahren Jugoslawien zusammenhalte, insbesondere ob nicht eine Konföderation mit z. B. gemeinsamer Außen- und Wirtschaftspolitik geschaffen werden könne. **Dr. Zarko Domljan** antwortete, ein auf freiem Willen gegründeter lockerer Staatsverband könne von Kroatien akzeptiert werden, sofern die Unabhängigkeit Kroatiens und der anderen Staaten anerkannt würde.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, die Bundesrepublik Deutschland habe sich für die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens ausgesprochen. Jedoch könne nur in enger Abstimmung mit den Partnern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft Position zu dem Konflikt bezogen werden. Der Konflikt in Jugoslawien sei nach ihrer Auffassung nicht mit militärischen Mitteln, sondern nur auf demokratische Weise zu lösen. Es seien noch nicht alle wirtschaftlichen Möglichkeiten, auf Serbien Druck auszuüben, genutzt worden.

Bei der anschließenden Diskussion zum Thema „Die nationale Frage in Europa und die Rolle der KSZE“ beschrieb der Vorsitzende des Ausschusses für internationale Beziehungen des Parlaments der Republik Slowenien **Matjaz Sinkovec** die wichtigsten Etappen auf dem Weg Sloweniens in die Unabhängigkeit. Er vertrat die Ansicht, die Sprengung des jugoslawischen Staatsgefüges müsse sich möglichst gewaltlos

vollziehen. Slowenien strebe nach Anschluß an die Völkergemeinschaft sowie nach schneller internationaler Anerkennung. Ferner wünsche es engere Beziehungen zur NATO. Die KSZE könne ein Forum sein, das sich verstärkt den Problemen Jugoslawiens widme. Abg. **van Weezel** (Niederlande) gab zu bedenken, daß es schwerfalle, nachzuvollziehen, wie ein so kleines Land wie die Republik Slowenien als unabhängiger Staat existieren könne.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) wies darauf hin, daß auch innerhalb von Westeuropa erhebliche ökonomische Unterschiede bestünden, deren Ausgleich durch den Zentralstaat bzw. durch die Europäische Gemeinschaft erfolge. Die Länder Hessen und Baden-Württemberg in der Bundesrepublik Deutschland hätten ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als beispielsweise Schleswig-Holstein, was eine Umverteilung von Mitteln erforderlich mache. Eine große Sorge des Westen sei, daß Jugoslawien in mehrere Staaten zerfalle, die wirtschaftlich nicht existieren könnten. Auch innerhalb von Jugoslawien gebe es große Unterschiede zwischen arm und reich. Slowenien und Kroatien hätten langfristig die Möglichkeit, wirtschaftlich zu überleben. Es stelle sich jedoch die Frage, wer das Armenhaus unterstütze. Auch die Entwicklung Serbiens müsse vorangetrieben werden; reichere Gebiete müßten für Serbien Ausgleichsfunktionen übernehmen.

In seinem Bericht über die Aktivitäten der NATO im Bereich der öffentlichen Information wies der beigeordnete Direktor für Informationspolitik bei der NATO **Guillaume Parmentier** darauf hin, daß sich für die NATO eine neue internationale Situation stelle. Die Spannungen zwischen den Supermächten seien zwar geschwunden, jedoch gebe es neue Risiken. Als Beispiele nannte er insbesondere die Krise in Jugoslawien und die in der Welt bestehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichten. Ein Unsicherheitsfaktor sei auch die Zukunft der Sowjetunion, die derzeit schwierig einzuschätzen sei. Für die Zukunft müsse ein komplexes internationales System von Verflechtungen geschaffen werden. Für die Informationspolitik der NATO sei zu berücksichtigen, daß die Sicherheit, die die NATO gebe, nicht bei den NATO-Mitgliedstaaten aufhören dürfe. Die NATO sei auch für Staaten, die ihr nicht angehörten, insbesondere für die neutralen Staaten, ein wichtiger Schutzfaktor. Die Informationspolitik der NATO stehe an einem Kreuzweg: Einerseits müsse die Informationstätigkeit nach außen verstärkt und andererseits nach innen fortgesetzt werden. Ein sich stellendes Problem sei die Finanzierung der Informationstätigkeit. Bei der anschließenden Aussprache wies **Lord Lucas of Chilworth** (Vereinigtes Königreich) auf das geringe Wissen von jungen Menschen über die NATO hin und beklagte das zum Teil unzureichende Informationsmaterial.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach **Prof. Dr. Bernabe Lopez-Garcia** von der Universität Madrid zum Thema „Der Mittelmeerraum nach dem Golfkrieg“. Er ging zunächst auf die Probleme des Mittelmeerraums ein und nannte insbesondere die Wanderungsbewegungen, Hetzkampagnen, Fremdenhaß, die militärische Mobilisierung anläßlich des Golf-

kriegs und das Palästina-Problem. Es bedürfe einer Politik der Gesten, um bestehende Vorurteile abzubauen. Der Islam sei ein integraler Bestandteil der westlichen Kultur, jedoch dürften ideologische Barrieren das Zusammenwachsen von Völkern nicht verhindern. Wichtig sei insbesondere, daß eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werde. Ferner seien Mittel zu entwickeln, die Staaten im Mittelmeerraum zu zwingen, die Menschenrechte zu achten. Im Hinblick auf den Appell von **Prof. Dr. Bernabe Lopez-Garcia**, Gesten an die arabische Welt zu richten, warf Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) die Frage auf, ob es Gesten aus der islamischen Welt an Europa gebe, die für die Demokratie Anlaß zur Hoffnung gäben. **Prof. Dr. Bernabe Lopez-Garcia** entgegnete hierauf, die arabische Zivilisation dürfe nicht in ein- und dieselbe Kategorie eingeordnet werden. Der Islam und sein Konzept hätten nicht nur in den Ländern Gültigkeit, in denen der Islam praktiziert werde. Bei einer Bilanzziehung sei zu erkennen, daß auch im arabischen Raum Verbesserungen bei der Beachtung des Völkerrechtes erreicht worden seien. Anschließend diskutierte der Ausschuß die Folgen des demographischen Problems im Mittelmeerraum.

Den Entwurf eines Berichtes des Unterausschusses zum Mittelmeerbecken stellte Abg. **Borderas** (Spanien) vor. Er ging dabei insbesondere auf die gegenwärtige geopolitische Situation im Mittelmeerraum, auf die demographische Frage und das Problem der Wanderungsbewegungen ein und betonte, die geographische Komplexität spiegele die Komplexität der historischen und politischen Vergangenheit der Region wider. Die Situation sei dadurch gekennzeichnet, daß eine unterentwickelte Südküste und eine entwickelte Nordküste gebe. Stabilität im Mittelmeerraum gewinne zunehmend an Bedeutung, was ihn dazu veranlaßt habe, einen Entschließungsentwurf vorzulegen.

In der anschließenden Diskussion regte der Ausschuß einige Ergänzungen des Berichtes an. In der Abstimmung wurden Berichts- und Entschließungsentwurf einstimmig angenommen.

Der Direktor des Internationalen Instituts für strategische Studien, **François Heisbourg**, sprach zum Thema „Die Wanderungsbewegungen in Europa nach dem Kalten Krieg“. Er betonte, die Europäische Gemeinschaft sei in ihrer Gesamtheit ein Anziehungspol für Flüchtlingsströme geworden. Da Westeuropa in der Regel die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen ablehne, gebe es das Problem der illegalen oder paralegalen Einwanderung. Die paralegale Einwanderung erfolge durch das Stellen von Asylanträgen. Die Bundesrepublik Deutschland sei der Hauptzielort für Asylgesuche. Wenn dort pro Jahr ca. 200 000 Asylanträge gestellt würden, funktioniere das System nicht mehr. Die Zahlen der illegalen Einwanderung seien für Italien auf 900 000 und für Frankreich auf 300 bis 500 000 zu veranschlagen. An dem Phänomen der Zunahme von Schwarzarbeit zeige sich, daß es andererseits auch eine starke Nachfrage nach Arbeit gebe. Insgesamt sei die Handhabung der Problematik wenig koordiniert. Es gebe vielfach weder eine koordinierte nationale Einwanderungspolitik, da häufig verschiedene nationale Behörden über Kompetenzen in der

Ausländerpolitik verfügten, noch eine harmonisierte europäische Politik. Wichtig sei, daß die Probleme vor Ort gelöst werden, und zwar durch humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe für die UdSSR, Stützung der Wirtschaftsreformen in Mitteleuropa, Lösung der Jugoslawienkrise, Konfliktverhinderungsmechanismen und Hilfe an die Maghrebstaaten. Eine „Vergemeinschaftung“ der Einwanderungspolitik könnte sich insbesondere an den von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vorgelegten Vorschlägen orientieren. Ferner könnte die Europäische Gemeinschaft objektive Zulassungskriterien für Einwanderer erarbeiten, z. B. Alter, Qualifikation, Bildung, Sprachkenntnisse, etc. Es könnte ein System von Punkten für jedes Kriterium ähnlich dem derzeit in Australien, Kanada und den USA existierenden System entwickelt werden. Politisch und menschlich schwierig sei dagegen die Einführung eines Systems mit Nationalitätenquoten. Wichtig sei ferner, daß zur Darstellung der einzelstaatlichen Politiken vergleichbare Statistiken geschaffen würden. Außerdem sei an die politisch Verantwortlichen zu appellieren, in der Ausländerfrage sorgfältiger mit ihrer Wortwahl umzugehen.

Senator **Genton** (Frankreich) warf die Problematik des Schengener Abkommens auf. Abg. **van Weezel** (Niederlande) ergänzte, es sei noch offen, ob das niederländische Parlament das Schengener Abkommen ratifizieren werde. In den Niederlanden gebe es Zweifel, ob eine Öffnung der internen Grenzen zugelassen werden sollte. Grund sei u. a. die unterschiedliche Handhabung der Einwanderungspraxis in den Unterzeichnerstaaten des Schengener Abkommens.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) erklärte zum Problem der Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, daß bei der deutschen Bevölkerung, insbesondere in Ballungsgebieten, die Sorge vor einer Überbevölkerung bestehe. Es handele sich insbesondere um sozial schwächere Jugendliche, die auf das Problem der zunehmenden Einwanderung mit großer Empfindlichkeit reagierten. Gegenüber Zulassungskriterien für die Einwanderung habe sie das Bedenken, daß damit nur eine bestimmte Elite zugelassen würde und die sozial Schwachen vor der Tür blieben. Damit würde das Problem nicht gelöst. Wichtig sei vor allem, Hilfe vor Ort zu leisten. Nötig sei außerdem, daß mehr junge Menschen Bereitschaft zeigten, zur Hilfeleistung vor Ort in die betroffenen Länder zu gehen. Die Lösung, Ausbildungsplätze bei uns zur Verfügung zu stellen, habe sich als illusionär erwiesen. Wenn kein einheitliches Asylrecht innerhalb der Europäischen Gemeinschaft geschaffen werde, könne sie sich vorstellen, daß eines Tages die Grenzen in der EG wieder geschlossen würden.

Lord Lucas of Chilworth (Vereinigtes Königreich) stellte den Berichtsentwurf des Unterausschusses zur KSZE zum Thema „Immigration aus dem Westen in Europa“ für Abg. Browne (Vereinigtes Königreich) vor. Er beschrieb die Hauptströme von Flüchtlingsbewegungen und nannte als Hauptursachen Minderheitenprobleme und wirtschaftliche Gründe. Er ging ferner ein auf die Situation in der Sowjetunion nach dem Putschversuch und untersuchte die Frage, ob zukünftig mit einer starken Einwanderungsbewe-

gung aus der Sowjetunion zu rechnen sei. Geeignete Mittel zur Problemlösung seien größere Wirtschaftshilfe für Osteuropa, eine koordinierte Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene und ein starker Minderheitenschutz, der im Rahmen der KSZE geschaffen werden könne.

Bei der Beratung über den Berichtsentwurf regte der Ausschuß einige Aktualisierungen an und beschloß im übrigen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Anschließend stellte Generalberichterstatterin Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) ihren Berichtsentwurf über „Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen“ vor. Sie betonte, ebenso, wie sich die politische Lage in den letzten Jahren schnell verändert hätte, hätten auch die transatlantischen Beziehungen Veränderungen erfahren. Für die transatlantischen Beziehungen wichtige Faktoren seien, daß eine Rückkehr der USA zum Isolationismus nicht zu befürchten sei, eine fortgesetzte militärische Präsenz der USA in Europa und eine fortdauernde Bedeutung der NATO. Für die zukünftige Ausgestaltung der Beziehungen analysierte sie das Erfordernis solider bilateraler Beziehungen und stellte eine „ménage à trois“ zwischen Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich zur Diskussion. Nach ihrer Auffassung seien eine intensive Zusammenarbeit und wechselseitige Konsultationen zwischen Franzosen, Deutschen und Briten zur gemeinsamen Problembewältigung und zur Schaffung von Sicherheitsstrukturen wichtig. Die Franzosen und Briten seien im Hinblick auf ihr Waffenpotential und die Deutschen wegen ihrer großen Wirtschaftskraft einzubeziehen.

Abg. **van Weezel** (Niederlande) und Abg. **Botnen** (Norwegen) brachten ihre Sorge zum Ausdruck, daß bei einer Zusammenarbeit der drei großen europäischen Länder nicht mehr genügend Raum für die kleinen Länder bleibe.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) erläuterte hierzu, es gehe nicht um eine Abwertung der anderen Staaten oder um ein Auseinanderdividieren in Europa, sondern um eine Teilung in Einflusssphären. Sie sei der Auffassung, wenn drei Staaten eine Einigung erzielt hätten, sei die Verständigung mit den anderen Staaten leichter. In bezug auf die gemeinsame Initiative von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Präsident François Mitterrand habe es den Vorwurf gegeben, daß diese nicht mit den Partnern abgestimmt worden sei. Wichtig sei, daß die Initiative von dem Bemühen getragen sei, die französischen Partner stärker in das NATO-Bündnis einzubeziehen, ferner daß andere Staaten zur Beteiligung eingeladen seien. Abg. **Pelosi** (USA) drückte ihre Freude darüber aus, daß der Bericht betone, daß die USA bei der zukünftigen Ausgestaltung der europäischen Sicherheit nicht außen vor gelassen werden sollten. Ferner beruhige es sie zu erfahren, daß mit der deutsch-französischen Initiative keine Entfernung Frankreichs von der NATO beabsichtigt sei.

Der Direktor für interparlamentarische Beziehungen der Menschenrechtsstiftung des US-Kongresses **Paul Meek** berichtete über das interparlamentarische Programm für Menschenrechte dieser Stiftung und betonte, diese sei 1985 geschaffen worden, um durch

ein interparlamentarisches Netz solche Parlamentarier zusammenzubringen, die sich mit der Menschenrechtsproblematik beschäftigten. Die Stiftung verfolge drei Hauptziele: Informationsaustausch, technische Unterstützung von Parlamentariern in ihren Aufgaben und koordinierte parlamentarische Aktivitäten. Ungefähr 1 000 Parlamentarier aus mehr als 50 Ländern nähmen an dem interparlamentarischen Netz, das EDV-gestützt sei, teil.

Ferner nahm der Ausschuß einen Entschließungsentwurf zum Thema „Die nationale Frage und europäische Stabilität“ an.

Zum Abschluß der Sitzung wählte der Ausschuß erneut Senator Genton (Frankreich) zum Vorsitzenden und Abg. Brigitte Schulte (Bundesrepublik Deutschland) zur Generalberichterstatterin. Für den Unterausschuß KSZE wurden Abg. Ruperez (Spanien) zum Vorsitzenden und Lord Lucas of Chilworth (Vereinigtes Königreich) zum Berichterstatter gewählt. Für den Unterausschuß Mittelmeerraum wurden der bisherige Vorsitzende van Weezel (Niederlande) und der bisherige Berichterstatter Senator Borderas (Spanien) im Amt bestätigt.

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Der unter Vorsitz von Abg. **Karsten Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) tagende Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit hatte insgesamt sechs Berichtsentwürfe zu behandeln: Der von Abg. **van Vlijmen** (Niederlande) vorgelegte Generalbericht über die Bündnissicherheit, der Bericht des Abg. **Lello** (Portugal) über Neubestimmung und Aufbau der europäischen Sicherheitseinrichtungen sowie der Zwischenbericht über Reorganisation und Neustrukturierung der Streitkräfte in Europa der Abg. **Gama** (Portugal) und **Estrella** (Spanien) gaben Anlaß zu angeregten Debatten, an denen neben Vertretern der USA, Großbritannien, Kanadas, Frankreichs und der Niederlande der Vorsitzende sowie die Abg. Walter Kolbow und Klaus Uelhoff als deutsche Vertreter maßgeblichen Anteil hatten. Dabei war insbesondere die aktuelle deutsch-französische Initiative zur Aufstellung eines multinationalen Armeekorps Gegenstand lebhafter Diskussionen zwischen Vertretern Frankreichs, Deutschlands und Spaniens als Befürwortern der Initiative und angelsächsischen Delegierten, die eine Schwächung der NATO befürchteten. Einvernehmen bestand dahingehend, daß die Schaffung einer eigenen europäischen Verteidigungskomponente angesichts gegenwärtiger und absehbarer Krisen immer dringender werde.

In dem Bericht der Arbeitsgruppe zu Fragen der nordischen Sicherheit wandte sich Abg. **Haekkerup** (Dänemark) gegen die Gleichsetzung der (West-) Europäischen Gemeinschaft mit Europa und hob hervor, daß eine wirklich europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Position neutraler skandinavischer Staaten berücksichtigen, vor allem aber die Sicherheit der Nordflanke einbeziehen müsse, und dies unabhängig von einem eventuellen Beitritt Norwegens zur Europäischen Gemeinschaft.

Mit großem Interesse aufgenommen wurde der Sonderbericht „Zwischen der NATO und dem Abgrund“ des Abg. **Wachsler** (Ungarn). Der Vorsitzende forderte die Delegierten der übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten auf, für die Fortschreibung dieses Berichts schriftliche Anmerkungen zur Sicherheitsperzeption ihrer jeweiligen Länder einzureichen.

Der vom Sonderausschuß Bündnisstrategie und Abrüstung vorgelegte Bericht über die neue strategische Konzeption der NATO und die jüngsten Entwicklungen bezüglich des KSE-Vertrages der Abg. **Frinking** (Niederlande) und **Bereuter** (USA) wurde ohne Debatte angenommen.

Als ersten Gastredner hörte der Ausschuß den stellvertretenden Leiter des sowjetischen Instituts für die Vereinigten Staaten und Kanada, **Andrej Kokoschin**. Dieser zählte die aus seiner Sicht notwendigen Elemente der dringend gebotenen Militärreform auf und entwarf ein mögliches zukünftiges Sicherheitssystem mit unterschiedlichen Integrationsstufen für die Länder Mittel- und Osteuropas.

General **Wladimir Lobow**, Chef des Generalstabs der sowjetischen Streitkräfte, erläuterte die geplante Militärreform näher: Gewährleistung der politischen Kontrolle durch einen zivilen Verteidigungsminister, deutliche Verringerung der Stärke der Streitkräfte, ab 1992 Verkürzung der Wehrpflicht auf 18 Monate, bei ausreichender Anzahl von Freiwilligen auch darunter. Der sowjetische Generalstabschef betonte die Notwendigkeit, eine neue Militärdoktrin bzw. Doktrinen für die einzelnen Republiken zu erarbeiten, die auf Kriegsverhütung abzielen müßten. In der straffen Kontrolle der sowjetischen Streitkräfte und insbesondere der Nuklearwaffen durch die Zentralgewalt sah er die beste Garantie gegen unvorhersehbare Ereignisse.

Der Alliierte Oberbefehlshaber für Europa (SACEUR), General **John Galvin**, hob die Einzigartigkeit der NATO als langlebigem politisch-militärischem Bündnis hervor und vertrat die Ansicht, auf der Grundlage der politischen Einigkeit müsse sich die Allianz nunmehr von der Verteidigung ihrer Grenzen dem Krisenmanagement in dem sie umgebenden „Instabilitätsgürtel“ zuwenden. Auf der militärischen Ebene sollte dementsprechend eine graduelle Anpassung der Truppen- und Kommandostrukturen erfolgen. Im Hinblick auf das Verhältnis zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sprach Galvin von „ineinandergreifender Sicherheit“ und forderte ein enges Netz von Austausch- und Kooperationsmaßnahmen, von denen die ersten bei SHAPE bereits angelaufen seien. In der folgenden Diskussion ging General Galvin auch auf Kommentare und Fragen des Vorsitzenden sowie der Abg. Meckel und Uelhoff ein.

Des weiteren hörte der Ausschuß einen Vortrag von Vertretern des Bundes der alliierten Reserveoffiziere (CIOR) über die Bedeutung der Reserve- und Bereitschaftseinheiten des Bündnisses. An dieser Diskussion beteiligten sich auch Mitglieder des Verteidigungsausschusses der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Der vom Generalberichterstatter vorgelegte Entschließungsentwurf zur nuklearen Rüstungsbegrenzung wurde lebhaft diskutiert und mit verschiedenen, durch die Delegation der USA angeregten Änderungen, die insbesondere den Verzicht auf die Forderung nach einem nuklearen Teststoppabkommen zur Folge hatten, im Konsenswege verabschiedet.

Abg. Karsten Voigt (Bundesrepublik Deutschland) wurde als Ausschußvorsitzender einstimmig wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Abg. Rompkey (Kanada) und Abg. Bosterud (Norwegen) gewählt. Abg. van Vlijmen (Niederlande) wurde als Generalberichterstatter ebenfalls bestätigt.

Abschließend wies der Vorsitzende auf die große Bedeutung der nächsten, gemeinsam mit dem Politischen Ausschuß stattfindenden Sitzung vom 12. bis 14. Februar in Brüssel hin, an die sich ein weiteres Round-Table-Gespräch mit Vertretern der mittel- und osteuropäischen Staaten anschließen wird.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß der Nordatlantischen Versammlung tagte am 19. Oktober 1991 unter Vorsitz von Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich).

Zunächst wurde der von Generalberichterstatter Abg. **Estrup** (Dänemark) vorgelegte Berichtsentwurf über die Probleme und Perspektiven wirtschaftlicher Reformen in der Zeit nach der Perestroika beraten. Von den gescheiterten Reformbemühungen in der ehemaligen UdSSR ausgehend analysierte Estrup zunächst die wirtschaftliche Lage in den einzelnen Republiken und gab dann einen Ausblick auf ihre zukünftigen Verflechtungen untereinander und die weiteren Entwicklungen mit anderen Ländern. In der anschließenden Diskussion gab Senator **Gaud** (Frankreich) zu bedenken, daß der Westen die Situation in der ehemaligen Sowjetunion kaum beeinflussen könne; er plädierte jedoch ebenso wie Senator **Gianotti** (Italien) für umfangreiche Soforthilfeprogramme des Westens zum Aufbau freier Märkte und fortschrittlicher Technologien.

Als erster Redner der Podiumsdiskussion skizzierte der Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, **Prof. Dr. Manfred Abelein**, die Projekte seiner Bank zum Wirtschaftsaufbau in Mittel- und Osteuropa. Die Bank gehe davon aus, daß auf der Grundlage zuverlässiger Einzeldaten über den Bedarf, Privatisierungserfolge und den rechtlichen Rahmen für die einzelnen Maßnahmen der Aufschwung 1993 allmählich einsetzen werde.

Auf die Bemerkung von Abg. **McCrindle** (Vereinigtes Königreich), daß es sicher schwierig sei, bei den Menschen in den betroffenen Ländern ein Umdenken zu erreichen, antwortete Dr. Abelein, dazu bedürfe es intensiver Umschulungsbemühungen und die Menschen motivierender und überzeugender Projekte.

Der ständige Vertreter der Weltbank in Polen, **Ian Hume**, berichtete über die Maßnahmen der Weltbank zur wirtschaftlichen Umstrukturierung in Polen. Mit den drei Kernelementen Liberalisierung, Stabilisie-

rung und Transformation lasse sich der Umbau in Polen als dem Land, das die großen politischen und sozialen Umwälzungen auslöste, schrittweise verwirklichen.

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, **Dr. Ludolf von Wartenberg**, nannte die Interdependenz von wirtschaftlicher und politischer Ordnung eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Reformen in den Ländern Mittel- und Osteuropas, die in den vergangenen zwei Jahren unglaubliche Fortschritte erzielt hätten. Zugleich bezeichnete Dr. von Wartenberg umfangreiche westliche Investitionen in den zukunftssträchtigen Markt Mittel- und Osteuropa als unabdingbar für deren weitere wirtschaftliche Gesundung. Im Gegensatz zu Polen, Ungarn und der CSFR, in denen positive Signale deutlich wahrnehmbar sind, sei der wirtschaftliche Trend in der Sowjetunion rückläufig.

In diesem Zusammenhang bemerkte Abg. **Michael Wonneberger** (Bundesrepublik Deutschland), daß man sich weniger der Frage, ob die in den mittel- und osteuropäischen Ländern durchgeführten Reformen ausreichend seien, widmen als sich vielmehr die Dimension der Investitionen gegenwärtigen solle.

Auf die Frage von Senator **Gianotti** (Italien) nach den Privatisierungsmodalitäten antwortete Dr. von Wartenberg, daß man Erfahrungen sammeln, jede Einzelinvestition prüfen und gründliche Einblicke in die Organisation der Staatsbetriebe gewinnen müsse.

Abg. **Ratiu** (Rumänien) bemerkte, daß die Bevölkerung seines Landes bisher zwar arm aber zufrieden gelebt habe. Sie sei angesichts der tiefgreifenden Veränderungen verunsichert und benötige Zuspruch und Ermutigung mindestens ebenso sehr wie westliches Kapital.

Anschließend faßte Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) seinen Zwischenbericht zum Thema „Ost-West-Wirtschaftszusammenarbeit und -konvergenz“ zusammen. Einem allgemeinen Überblick über die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen in der früheren UdSSR unter Berücksichtigung westlicher Unterstützungsmaßnahmen schließt sich eine detaillierte Analyse der jüngsten Veränderungen in Polen und der CSFR an.

In dem Arbeitspapier „Rüstungskonversion“ untersucht Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) die mit der Umstellung einhergehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme am Beispiel der Sowjetunion, der CSFR und des Vereinigten Königreiches.

Abg. **Axworthy** (Kanada) bemerkte dazu, daß angesichts der Versuchung für die genannten Länder, Waffen gegen harte Währung zu exportieren, die Rüstungsfirmen möglichst rasch der zivilen Nutzung zugeführt werden müßten.

Senator **Gaud** (Frankreich) knüpfte an die Bemerkung des Vorredners an und verwies auf den Besuch bei einer spanischen Rüstungsfirma am vorangegangenen Tag, die ebenfalls weiter Waffen produziere und

sie bei nachlassender Inlandsnachfrage auch exportieren wolle.

In dem Arbeitspapier zur Beendigung der Uruguay-Runde skizzierte der Ausschußvorsitzende Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich) den gegenwärtigen Stand der GATT-Verhandlungen und nannte Anzeichen für deren erfolgreichen Abschluß.

Abg. **Dr. Norbert Wieczorek** (Bundesrepublik Deutschland) gab seiner Hoffnung Ausdruck, mit den Ausschußmitgliedern auf der Frühjahrstagung 1992 das Ergebnis der GATT-Runde diskutieren zu können; ein Scheitern der Verhandlungen bedeute einen Rückschlag für den Welthandel.

Abg. **McMillan** (Kanada) befürwortete ebenso wie Abg. **McCordle** (Vereinigtes Königreich) ein Fortsetzen der GATT-Gespräche im Interesse des freien Welthandels und insbesondere zum Wohl der Länder der Dritten Welt.

Gegen Ende der Sitzung gab der Ausschußvorsitzende **Wiggin** den 10./11. Februar 1992 als Termin für den Besuch des Wirtschaftsausschusses bei der OECD, den 18. bis 22. November für den Besuch des Unterausschusses „Ost- West-Wirtschaftszusammenarbeit und Konvergenz“ in Bulgarien und den 7. bis 9. Januar für ein Seminar über Rüstungskonversion in Kopenhagen bekannt.

Der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses Abg. **Sabunis** (Türkei) stellte sein Amt zur Verfügung. Senator **Gianotti** (Italien) wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

Politischer Ausschuß

Der Politische Ausschuß tagte am 18. und 19. Oktober 1991 unter Vorsitz des Abg. **Bouvard** (Frankreich). Neben der Beratung der Berichtsentwürfe der Abg. **George** (Vereinigtes Königreich), **Bouvard** (Frankreich), **Herrero** (Spanien), **Nunes** (Portugal), **Gerosa** (Italien), **Bereuter** (USA), **Frinking** (Niederlande) und **Petersen** (Norwegen) hörte der Ausschuß Vorträge von Gastrednern der spanischen Regierung und des Direktors des Instituts für Internationale Sicherheitsstudien (IISS) **London**, **François Heisbourg**.

Zentralthema der Ausschußsitzung war der Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zur neuen europäischen Sicherheitsordnung und die von Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) vorgelegte Entschließung zu „KSZE und die neue europäische Sicherheitsordnung“. An der Aussprache über Bericht und Entschließung nahmen von deutscher Seite u. a., Minister **Dr. Herbert Günther**, Abg. **Klaus Francke** und Abg. **Markus Meckel** teil. Durch Einbringung von Änderungsvorschlägen zur Entschließung, besonders zur Frage der Weiterentwicklung der Institutionen der KSZE (Abg. **Klaus Francke**) und zur Stärkung des Minderheitenschutzes (Abg. **Markus Meckel**), beteiligte sich die deutsche Delegation aktiv an der Ausschußarbeit. Die deutsche Delegation mußte allerdings feststellen, daß von amerikanischer und britischer Seite dem KSZE-Konzept Skepsis entgegengebracht und dort die herausragende Bedeutung der

Allianz und ihre Führungsrolle innerhalb einer europäischen Sicherheitsordnung besonders intensiv betont wird. Demnach solle sich die Helsinki-Konferenz 1992 auch mit Fragen der KSZE-Institutionen, ihrer Konkurrenz zu bestehenden Gremien und Doppelarbeit befassen.

Alle Vertreter der baltischen Republiken, die bei der Versammlung den Status assoziierter Mitglieder erhielten und besonders herzlich begrüßt wurden, beteiligten sich an der Aussprache. Der lettische Vertreter führte dabei Klage über die bisher nicht erfolgte Rückführung der sowjetischen Truppen.

Der Bericht des Unterausschusses über die Südregion wurde durch den Vortrag des für Afrika und Nahost zuständigen Generaldirektors im spanischen Außenministerium, **Jorge Dezcallar**, über „Sicherheit im Maghreb“ ergänzt.

Abg. **Gerosa** (Italien) ging bei der Vorstellung des Zwischenberichtes des Unterausschusses für Osteuropa und die Sowjetunion auf den langwierigen Umbauprozess in der Sowjetunion ein. Angesichts des Zögerns einiger westlicher Regierungen bei der Umsetzung wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen für die Sowjetunion mutmaßte er, daß diese es wohl gerne noch mit dem alten kommunistischen Regime zu tun hätten. Auch kritisierte er in der US-Administration diejenigen, die sich gegen den Vorschlag von **Les Aspin** ausgesprochen hätten, 1 % des US-Verteidigungsbudgets für humanitäre Hilfsmaßnahmen in der Sowjetunion anzubieten. Weitere Schwerpunkte des Berichtes waren die Jugoslawienkrise und der Zustand Mittel- und Osteuropas und der Sowjetunion nach der Auflösung des Warschauer Paktes. In diesem Zusammenhang lobte Abg. **Gerosa** die Baker/Genschker-Erklärung vom 2. Oktober 1991 als richtungsweisendes Beispiel für die Entwicklung diplomatischer Beziehungen.

Abg. **Frinking** (Niederlande) übernahm die Vorstellung des Zwischenberichtes des Sonderausschusses über Strategie und Rüstungskontrolle. Dabei übte er Kritik an der Kohl/Mitterrand-Initiative. Er bedauerte, daß der gemeinsame Brief an die Ratspräsidentschaft gegangen sei, ohne zuvor innerhalb der NATO abgestimmt worden zu sein.

Der Bericht des Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) über die „NATO nach dem Umbruch in der Sowjetunion“ wurde nach kurzer Aussprache gebilligt. Neben der Heraushebung der NATO zeichnete sich der Bericht durch grundsätzliche brüske Vorbehalte an Konzept und Rolle der WEU aus.

In der Aussprache zu den Berichten der Abg. **George** und **Frinking** nahm Abg. **Klaus Francke** für die deutsche Delegation Stellung. Zwar bleibe die NATO weiterhin wichtiger Anker für die Sicherheit in Europa, doch solle die Politische Union eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik haben; deshalb müsse die WEU instrumentalisiert werden. WEU und NATO seien nicht alternativ, sondern additiv zu diskutieren. Er richtete darüber hinaus einen deutlichen Appell an die Teilnehmerstaaten, sich an den wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen für die

Länder Mittel- und Osteuropas zu beteiligen. Er mahnte eine klare Positionsbestimmung der NAV zu bisher unbeantworteten Fragen des NATO-KSZE-Verhältnisses an. Die Kritik, besonders von Abg. Frinking, an der Kohl/Mitterrand-Initiative wies er zurück. Rechtfertigungen von türkischer Seite zu ihrer Form der Bekämpfung von Terrorismusaktivitäten kritisierte er, der Terrorismus sei nicht durch militärische Aktionen über Landesgrenzen hinweg zu bekämpfen.

Der Direktor des Instituts für Internationale Sicherheitsstudien (IISS), **François Heisbourg**, trug zur Rolle gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen vor und maß der KSZE besondere Aufgaben bei der inneren Grenzfestlegung und der Schaffung eines Minderheitenstatus zu. Für die NATO sehe er eine Zukunft, wenn sie sich bei zukünftigen Aktionen auf ihre Besonderheiten (positive Sicherheitsgarantien, Gremium für den Sicherheitsdialog Amerika—Europa, Ort der militärischen Zusammenarbeit) stütze. Die deutsch-französische Initiative sei deshalb bemerkenswert, weil sie im Ergebnis die dauerhafte Unterstellung französischer Streitkräfte unter ein nicht-französisches Kommando bedeute. Im militärischen Bereich sah er jedoch Mängel (schnelle Eingreiftruppe) und schlug ein System modularer Streitkräfte mit bestimmten Eigenschaften vor.

Alle Berichte und die beiden Entschließungsentwürfe wurden angenommen, wobei sich die deutsche Delegation bei der Entschließung „KSZE und die neue europäische Sicherheitsordnung“ enthielt.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Der Ausschuß für Wissenschaft und Technik tagte am 18. und 19. Oktober 1991 unter Vorsitz des Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland).

Zu Beginn der Sitzung berichtete der stellvertretende NATO-Generalsekretär für Wissenschafts- und Umweltfragen, **Prof. Jacques Ducuing**, über die Arbeit der NATO-Abteilung für wissenschaftliche Angelegenheiten. Die Abteilung verfolge im wesentlichen drei Zielsetzungen: erstens, den wissenschaftlichen Austausch zwischen den USA und Europa weiter zu fördern, zweitens, die Solidarität zwischen den NATO-Ländern mit unterschiedlich hohem Wissenschaftsgrad zu stärken und drittens, erste Kontakte zu Wissenschaftlern in Mittel- und Osteuropa einschließlich der UdSSR aufzubauen. Schwerpunkt des Wissenschaftsprogramms der NATO, dessen Finanzvolumen im Jahre 1991 30 Millionen US-\$ betrage, sei die Arbeit in den Grenzbereichen der Wissenschaft sowie das Bestreben, in erster Linie junge vielversprechende Forscher und Wissenschaftler zu unterstützen. Im Rahmen des Programms werde unter anderem die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern verschiedener Mitgliedsländer bei gemeinsamen Forschungsprojekten gefördert. Eine neue Dimension habe das NATO-Wissenschaftsprogramm durch seine Öffnung für Wissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa bekommen. Schwerpunkte seien die Förderung der Ost-West-Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich, die

Vergabe von Gaststipendien an Wissenschaftler aus Mittel- und Osteuropa sowie die Finanzierung der Teilnahme von Wissenschaftlern aus den osteuropäischen Ländern an NATO-Seminaren. Er wies darauf hin, daß die Öffnung des NATO-Programms in den mittel- und osteuropäischen Staaten sehr positiv aufgenommen worden sei, was auch durch die hohe Beteiligung von Wissenschaftlern aus diesen Ländern an NATO-Seminaren und Work-Shops zum Ausdruck komme. Der Austausch mit der Wissenschaftselite des Westens anläßlich dieser Seminare und Work-Shops sei eine Möglichkeit, die Länder Mittel- und Osteuropas aus ihrer Isolation zu befreien und technologisch an den Westen heranzuführen.

Es folgten Vorträge von **Dr. Artur Knuth** und **Günther Harms**, beide Mitarbeiter der Firma Dornier GmbH, zu den Themen Verifikationstechnologie und -systeme. In diesem Zusammenhang ging es unter anderem um die Darstellung der verschiedenen technischen Möglichkeiten der Verifikation, wie beispielsweise die regelmäßige Auswertung von Satellitenbildern oder die systematische Radarüberwachung aus der Luft. Eine besondere Bedeutung komme den sogenannten Verifikationszentren zu, deren Aufgabe in erster Linie in der Sammlung von Daten und Informationen sowie deren Auswertung liege. Im Zusammenhang mit der Verifikation der Abrüstungsverträge seien Kontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen aber gleichermaßen wichtig. Verifikation als ein sich entwickelndes System müsse im übrigen noch weiter verbessert werden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, daß man sich auf ein System der Bewertung der Daten einigte. Gegenwärtig funktioniere die Verifikation nuklearer Abrüstung sehr gut, während die Überprüfung der konventionellen Abrüstung schwieriger sei. Schon wegen der unterschiedlich großen Anzahl nuklearer und konventioneller Waffen müßten verschiedene Ansätze der Verifikation in diesen Bereichen gewählt werden.

Im Anschluß an die beiden Vorträge ging Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) auf die Kosten der Verifikation ein und stellte die Frage nach der grundsätzlichen Notwendigkeit von Verifikation. Abg. **Cook** (Vereinigtes Königreich) sagte, daß angesichts der durch die Verifikation entstehenden Kosten die „Friedensdividende“ in Wirklichkeit zu einer neuen finanziellen Last werde. Die eigentliche „Friedensdividende“ sei der Frieden selbst und nicht die Einsparung von Verteidigungsausgaben.

In Abwesenheit des erkrankten Generalberichterstatters Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) stellte Abg. **Treijborg** (Dänemark) den Bericht zu den weltweiten Klimaveränderungen vor. Er hob hervor, daß es sich bei den Klimaveränderungen aufgrund der Konzentration von Treibhausgasen um ein globales Problem handele, das auch globale Lösungsstrategien erfordere. Der Generalbericht wurde anschließend einstimmig angenommen.

Der von Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) vorgelegte Zwischenbericht des Unterausschusses für Verifikation und Technologie wurde ebenfalls angenommen. Der Berichterstatter ging in erster Linie auf die Probleme ein, die mit der Herstellung, Lagerung

und Weiterverbreitung von chemischen und biologischen Waffen verbunden sind. Er setzte sich nachdrücklich für ein weltweites Verbot der Produktion, Lagerung und Weiterverbreitung von chemischen Waffen ein. Er wies aber zugleich darauf hin, daß die Verifikation eines solchen weltweiten Chemiewaffenverbotes schwierig sei, da in Chemiefabriken jederzeit die Möglichkeit bestehe, die zivile auf militärische Produktion umzustellen.

Ausgehend von den Umweltproblemen, die mit der Vernichtung von biologischen und chemischen Waffen einhergehen, hob Abg. **Ray** (USA) hervor, daß die NATO der Umweltproblematik in Zukunft ein größeres Gewicht einräumen müsse. Problemfelder seien unter anderem die Belastung von Wasser, Luft und Boden durch militärische Aktivitäten im Rahmen der NATO sowie die desolate Umweltsituation in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Abschließend unterstrich er, daß die Umweltproblematik für die NATO eine der großen Herausforderungen der Zukunft darstelle.

Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) forderte in diesem Zusammenhang, daß die NATO bei der im Juni 1992 in Rio de Janeiro stattfindenden UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung vertreten sein sollte.

Anschließend nahmen die Ausschußmitglieder den Sonderbericht von Senator **Perez-Llorca** (Spanien) zum Thema „Neue Technologien und Verteidigung“ einstimmig an. Danach berichtete Senator **Hastings** (Kanada) über die Aktivitäten des Unterausschusses für Verifikation und Technologie. Er ging dabei kurz auf die Informationsbesuche des Unterausschusses im Juni 1991 in der Bundesrepublik Deutschland sowie im September 1991 in Washington ein. Anschließend nahm der Ausschuß den Sonderbericht des Abg. **Lewis** (USA) über Hyperschall- und Überschallflugzeuge an. Im übrigen erhielt Abg. **Lewis** auf Vorschlag des Vorsitzenden vom Ausschuß das Mandat, einen Sonderbericht zum Thema „Raketenabwehrtechnologie“ vorzubereiten.

Anschließend wurde die von Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) vorgelegte Entschließung zu den Klimaveränderungen sowie die von Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) vorgelegte Entschließung zu den durch chemische Waffen hervorgerufenen Problemen im Bereich von Politik und Umwelt in leicht abgeänderter Form angenommen.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. **Lothar Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland), die stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. **Boehlert** (USA) und **Chauty** (Frankreich) sowie der Generalberichterstatter Abg. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) und der Sonderberichterstatter Abg. **Lewis** (USA) wurden in ihren Ämtern bestätigt. Der Vorsitzende des Unterausschusses für Verifikation und Technologie, Senator **Hastings** (Kanada) sowie der stellvertretende Vorsitzende Abg. **Campos** (Portugal) und der Berichterstatter, Abg. **Banks** (Vereinigtes Königreich) wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt. Als weiterer stellvertretender Vorsitzender wurde Abg. **Trøjborg** (Dänemark) gewählt.

Plenarsitzung

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Charlie Rose (USA)

Nach der offiziellen Eröffnung der 37. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung in Madrid unterstrich der Präsident, daß Spanien allen Ländern als Beispiel für den Übergang von der Diktatur zu Demokratie, politischer Stabilität und wirtschaftlichem Wohlstand dienen könne. Zugleich hob er die aktive Rolle Spaniens in der Nordatlantischen Allianz, der Westeuropäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft hervor.

Auf die politischen Veränderungen in Europa eingehend begrüßte er die Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens sowie das Scheitern des Putsches in der Sowjetunion im August dieses Jahres. Nicht nur der Putsch in der Sowjetunion, sondern auch die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Jugoslawien zeigten, daß der Weg zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität in Mittel- und Osteuropa noch lang und schwierig sein werde. Enttäuschte Erwartungen, soziale Unruhen, ethnische Konflikte und nationale Auseinandersetzungen seien beunruhigende Merkmale der geo-politischen Landschaft in Europa.

Er fuhr fort, daß die Diskussionen der NAV-Parlamentarier in Madrid der Auftakt für den NATO-Gipfel in Rom, das Gipfeltreffen der Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Maastricht und das nächste Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Prag seien. Angesichts der gegenwärtigen Situation seien diese Treffen von entscheidender Bedeutung insbesondere was die Definition der Beziehungen der verschiedenen Institutionen im Bereich der europäischen Sicherheit zueinander sowie ihre jeweiligen Kompetenzen angehe. Jede dieser Organisationen, die sich gegenseitig ergänzten, spiele eine wichtige Rolle für die europäische Sicherheit. Es sei aber notwendig, durch Arbeitsteilung zwischen diesen Organisationen unnötige Doppelarbeit zu vermeiden. Bei einer solchen Arbeitsteilung müsse die NATO aber auch weiterhin der Garant der kollektiven Sicherheit bleiben. Für die Mehrheit der Mitglieder des amerikanischen Kongresses sei und bleibe die NATO das vorrangige transatlantische Forum für Konsultation und Zusammenarbeit in allen Fragen, die die lebenswichtigen Interessen der Allianz beträfen. Um diese Vorrangstellung zu erhalten, müsse sich die Allianz an die neuen Bedingungen anpassen. Deshalb sei die Botschaft der NAV-Parlamentarier an den NATO-Gipfel in Rom klar. Angesichts der veränderten politischen Gegebenheiten müßten die Politiker alles tun, um sicherzustellen, daß die NATO der Garant für die Erhaltung von Stabilität und Sicherheit in Europa bleibe.

Er unterstrich zugleich die wichtige Rolle der Parlamentarier in der gegenwärtigen politischen Übergangsphase, in der die demokratischen Institutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas noch nicht gefestigt seien. Als Forum für den Dialog trage die NAV dazu bei, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen Ost und West weiter zu fördern.

Die Aktivitäten der NAV in diesem Bereich könnten ein Modell für die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der NATO und den neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa sein. Die NAV habe auf die Veränderungen in Osteuropa ideenreich und flexibel reagiert, beispielsweise durch die Schaffung des Status der assoziierten Delegationen. Mit Hilfe der von Senator Roth und ihm selbst lancierten Initiative werde die Versammlung im nächsten Jahr in der Lage sein, ihre Aktivitäten, die auf die Bedürfnisse der assoziierten Delegationen abgestimmt seien, zu verstärken. Ziel dieser Initiative sei es, die parlamentarischen Erfahrungen in wichtigen Fragen beiderseitigen Interesses auszutauschen. Als wesentliche Punkte nannte er die Schaffung gefestigter Strukturen für die parlamentarische Demokratie, die parlamentarische Kontrolle der Verteidigungsausgaben, die Sicherstellung der zivilen Kontrolle über Militär- und Sicherheitskräfte sowie die Achtung der Menschenrechte und der Rechte der nationalen Minderheiten.

*Ansprache des spanischen Ministerpräsidenten
Felipe Gonzalez*

Der spanische Ministerpräsident hieß die NAV-Parlamentarier in Madrid willkommen und hob die Bedeutung der Themen hervor, mit denen sich die NAV anlässlich ihrer Plenartagung befasse. Anschließend ging er kurz auf die politischen Veränderungen in Europa insbesondere den Fall der Mauer, die deutsche Wiedervereinigung, den Zerfall der kommunistischen Systeme und den Staatsstreich in der Sowjetunion ein. Nach der Freisetzung neuer demokratischer Kräfte in Osteuropa seien in einem weitgehend instabilen Rahmen ethnische und regionale Konflikte in den Vordergrund getreten. Es müsse deshalb in Europa ein gemeinsamer Weg gefunden werden, der zu einer stabilen und gerechten Ordnung führe. Dies beinhalte in erster Linie Demokratie und Freiheit, die Verwirklichung von Bürger- und Menschenrechten sowie den Schutz der ethnischen Minderheiten. Angesichts der Veränderungen biete sich der NATO die Chance zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Als Hauptinstrumente für die neue europäische Sicherheitsarchitektur sah er die NATO, die Europäische Gemeinschaft und an dritter Stelle die KSZE, die noch eigene Möglichkeiten entwickeln müsse. Für den Aufbau Europas sei es wichtig, daß die EG eine Rolle in der Außen- und Sicherheitspolitik spiele. Angesichts der gleichgelagerten Verteidigungsstrategien der westeuropäischen Länder könne die WEU das geeignete Forum zur Formulierung der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik darstellen. Das Ziel, das letztlich erreicht werden müsse, sei die Europäische Politische Union. Er unterstrich, daß die Politik von EG und WEU im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich während einer längeren Übergangsphase mit der NATO abgestimmt werden müsse. Die neue Verteidigungsstrategie der NATO müsse sich an den eigentlichen Zielen des Bündnisses, dem einzigen transatlantischen Forum, ausrichten. Entscheidend sei deshalb die Erneuerung der transatlantischen Beziehungen und die aktive Mitarbeit Kanadas und der Vereinigten Staaten bei der Erarbeitung der neuen Verteidigungsstrategie der NATO.

Gegenwärtig gebe es zwei Herausforderungen, nämlich die politischen Veränderungen in Osteuropa und die Schaffung der Europäischen Politischen Union. Die Phase der Konfrontation in Europa sei überwunden, es gebe keine politische und ideologische Bedrohung mehr. Die NATO müsse deshalb umdenken und sich den neuen Herausforderungen stellen. Wichtig sei, daß die NATO auch weiterhin ein transatlantisches Forum bleibe und sich zugleich zu einem Stabilitätsfaktor in der Welt, die von politischer und wirtschaftlicher Instabilität gekennzeichnet sei, entwickle. Die NATO müsse deshalb ihre Kontakte zu Osteuropa und zur Sowjetunion ausweiten, um zur Stärkung der osteuropäischen Demokratien beizutragen. Die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern sei ein wichtiger Beitrag zur Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa.

Nicht nur die NATO, sondern auch die KSZE könne eine entscheidende Rolle beim Aufbau der neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur spielen. Er setzte sich deshalb für die Weiterentwicklung der KSZE zu einem wirklichen Friedensforum ein. Die KSZE sei kein Verteidigungsbündnis wie die NATO oder die WEU, sie sei vielmehr ein politisches Forum, in dem alle europäischen Länder sowie Kanada und die Vereinigten Staaten vertreten seien. Abschließend sprach er sich dafür aus, den Dialog auch im Mittelmeerraum zu verstärken. Die KSZE könnte in diesem Zusammenhang als Modell für eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum dienen.

*Ansprache des Generalsekretärs der NATO,
Dr. Manfred Wörner*

Der Generalsekretär dankte der NAV für ihre Arbeit und insbesondere den NAV-Parlamentariern für die Unterstützung, die die NATO durch die nationalen Parlamente erfahre. Nach den politischen Veränderungen in Osteuropa und dem Ende des Kalten Krieges sehe er neue Möglichkeiten, aber auch neue Gefahren. Zu den Perspektiven zähle eine euroatlantische Gemeinschaft, die von Vancouver bis Wladiwostok reichen könnte. Zu den Chancen gehöre auch der Aufbau einer neuen Weltordnung, deren Bestandteile ein nach außen gerichtetes Nordamerika, ein politisch geeinigtes Europa, ein politisch erstarkendes Japan und ein neues demokratisches Rußland seien. Die Gefahren lägen unter anderem darin, daß die Sowjetunion ein höchst instabiles Land sei, das schwierigen Zeiten entgegen sehe. Weitere Gefahren für diese neue Weltordnung seien Überbevölkerung, Terrorismus und Fundamentalismus.

Stabilität könne nur dann erreicht werden, wenn Demokratie, das Recht auf Selbstbestimmung und die Achtung der Menschenrechte gewährleistet seien. Neben der NATO seien die Vereinten Nationen, die Europäische Gemeinschaft und die KSZE diejenigen Organisationen, die einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer neuen Weltordnung leisten könnten. Er sprach sich deshalb dafür aus, die genannten Organisationen, angefangen mit den Vereinten Nationen, weiter zu stärken und die Beziehungen der verschiedenen Organisationen untereinander wirkungsvoller zu gestalten. Wesentliches Element bleibe aber die NATO, da nur sie die drei anderen

Organisationen im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich ergänzen könne. Die NATO sei die einzige Organisation, die sich auf die transatlantische Partnerschaft gründe. Eine neue Sicherheitsordnung könne nur um die beiden Machtzentren Europa und Nordamerika herum aufgebaut werden, so daß eine euroatlantische Gemeinschaft entstehe. Die NATO sei im übrigen die einzige Organisation, die die Sicherheit der Mitgliedsländer gewährleisten könne. Als Verteidigungsorganisation, die an Stabilität interessiert sei, sei die NATO eine „Allwetterallianz“. Basis dafür seien die gemeinsamen Werte und die integrierte militärische Struktur mit geteiltem Risiko und geteilter Verantwortung.

Die Auflösung der NATO würde nach seiner Auffassung zu einer Renationalisierung der Verteidigung und zu einer Destabilisierung in Europa führen. Die NATO brauche kein Feindbild und begrüße deshalb die sich entwickelnde Partnerschaft mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Sowjetunion. Angesichts der aufgezeigten Gefahren und der weitverbreiteten Instabilität in der Welt sei die NATO ein unverzichtbares Element in der neuen Sicherheitsordnung. Eine Monopolisierung dieser neuen Sicherheitsordnung durch die NATO werde es aber nicht geben. Wichtig sei die Zusammenarbeit von EG, KSZE und NATO sowie die weitere Verbesserung der institutionellen Beziehungen dieser Organisationen zueinander. Angesichts der politischen Veränderungen in Europa müsse sich die NATO an die neuen politischen und militärischen Gegebenheiten anpassen. Militärisch bedeute dies für eine NATO ohne Feindbild die Reduzierung der Truppenstärken, größere Flexibilität und Mobilität der verbleibenden Truppen, Krisenmanagement sowie die Stärkung der kooperativen Dimension der Sicherheit. Politisch sehe sich die NATO einem Prozeß gegenüber, dessen Ziel die Schaffung der Europäischen Politischen Union mit gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik sei. Dabei sei es möglich, die Europäische Union zu erreichen und gleichzeitig die transatlantischen Bindungen nicht nur beizubehalten sondern auch noch zu verstärken. Die Kopenhagener Erklärung der NATO-Außenminister zähle die wesentlichen Funktionen der NATO auf, bekräftige die Unterstützung für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und definiere deren Verhältnis zur NATO weder als Über- noch als Unterordnung sondern als komplementär und transparent. Er vertrat die Auffassung, daß die NATO das entscheidende Forum der Konsultation und Koordination der Mitgliedsländer in allen wichtigen Sicherheitsfragen sei. Die komplementäre Rolle der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität sah er deswegen vor allem darin, zur Vorbereitung der Konsultationen sowie der Entscheidungen der Allianz die europäische Haltung festzulegen, das Herzstück des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO zu bilden und in den Fällen, in denen es die NATO nicht könne, insbesondere „out of area“, militärisch zu handeln.

Ansprache des Außenministers der Republik Ungarn, Geza Jeszenszky

Zu Beginn seiner Rede wies der ungarische Außenminister darauf hin, daß Europa am Beginn einer neuen historischen Ära stehe. Das Ende des Kommunismus habe die politische Landschaft in Europa erheblich

verändert. Es gebe zwar keine militärische Bedrohung mehr, dafür seien aber die Gefahren durch wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, durch zunehmenden Nationalismus und die fortschreitende Umweltzerstörung in den osteuropäischen Ländern weiter angestiegen. Diesen Gefahren könne nur durch die Schaffung demokratischer Strukturen und durch die Einführung der marktwirtschaftlichen Ordnung entgegengetreten werden. Im Interesse von Frieden, Stabilität und Sicherheit in Osteuropa sei es wichtig, daß der Westen die neuen Demokratien unterstütze.

Vorrangiges Ziel für sein Land sei die Integration in die Familie der Demokratien in Europa sowie die Mitarbeit in den entsprechenden Organisationen wie KSZE, Europarat, NATO und EG. EG und NATO seien wesentliche Elemente der neuen europäischen Sicherheitsordnung. Im Zuge der schrittweisen Integration bemühe sich Ungarn deshalb um den baldigen Abschluß von Assoziierungsabkommen mit der EG. Darüber hinaus werde sich der KSZE-Prozeß zu einem immer wichtiger werdenden Element für die Koordination und das Krisenmanagement in Europa entwickeln. Die KSZE werde aber NATO und WEU, die sich an die politischen Veränderungen anpassen müßten, nicht ablösen können.

Im Hinblick auf den bevorstehenden NATO-Gipfel in Rom nannte er aus ungarischer Sicht drei Schwerpunkte, die von besonderer Bedeutung seien. Er wies auf die Bedeutung der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur hin, die eine Symbiose von europäischer Integration und transatlantischer Partnerschaft darstellen müsse. Im Rahmen dieses neuen europäischen Sicherheitssystems bleibe die NATO weiterhin der wesentliche Faktor für die Stabilität in Europa. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die Aufnahme bzw. die Vertiefung der Beziehungen zwischen der NATO und den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion. Es sei wichtig, daß auch die NATO den Demokratisierungsprozeß in Mittel- und Osteuropa unterstütze.

Wichtig sei außerdem, daß im Zusammenhang mit der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur kein Staat ausgeschlossen werden dürfe. Er begrüße deshalb ausdrücklich eine euroatlantische Gemeinschaft, die von Vancouver bis Wladiwostok reichen könnte. Abschließend unterstrich er, daß sein Land es begrüßen würde, wenn die Beziehungen der NATO zu den Staaten Mittel- und Osteuropas weiter institutionalisiert und formalisiert würden. Er setzte sich deshalb für eine konstruktive Partnerschaft und die Öffnung der nicht-militärischen Struktur der NATO für die Staaten Mittel- und Osteuropas ein.

Plenardebatte zum Thema „Die NATO nach dem Umbruch in der Sowjetunion“

In der Debatte zum Thema „Die NATO nach dem Umbruch in der Sowjetunion“ ergriffen mehr als dreißig Redner das Wort. Der griechische Abgeordnete Korahis sprach sich als einziger langfristig für eine Auflösung der NATO aus. Durch die übrigen Beiträge zog sich als roter Faden die positive Bilanz von vierzig Jahren der Zusammenarbeit im Bündnis

und die Entschlossenheit, die Herausforderung der Einigkeit auch ohne unmittelbare Bedrohungsperzeption anzunehmen.

Allgemein sprachen sich die Delegierten dafür aus, die strategische Konzeption des Bündnisses dem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld anzupassen und eine entsprechend flexible, modulare Truppenstruktur zu entwickeln. Dies solle jedoch langsam und überlegt geschehen — trotz der bitteren Erfahrungen erfolgloser Schlichtungsversuche in Jugoslawien wandten sich zahlreiche Abgeordnete, insbesondere die britischen Delegierten Sir Patrick Duffy und Sir Philipp Goodhart, gegen überstürzte Veränderungen.

Gerade auch die Vertreter der mittel- und osteuropäischen Staaten einschließlich der Russischen Föderation traten für den Erhalt der NATO ein, deren stabilitätswahrende Ausstrahlung sie hervorhoben. Dabei befürwortete Abg. Horvath von der assoziierten Delegation Ungarns einen NATO-Beitritt seines Landes „lieber früher als später“. Die Delegationsleiter der drei baltischen Staaten dankten für die Aufnahme als assoziierte Delegationen, boten ihre Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit den übrigen Republiken der Union an und forderten übereinstimmend den schnellen Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen.

Auch die Diskussion um die deutsch-französische Initiative für eine eigene europäische Verteidigung lebte in der Generaldebatte wieder auf. Neben dem deutschen Delegationsleiter, Abg. Klaus Francke, bemühten sich die französischen Abgeordneten Boucheron und Bouvard klarzustellen, daß sich die Initiative im Rahmen der Beschlüsse von Kopenhagen bewege und als Beitrag zur Stärkung der europäischen Komponente in der NATO zu verstehen sei. Delegierte aus den drei skandinavischen Staaten dagegen warnten, eine Verteidigungskompetenz der EG könne zum Hindernis für beitragswillige Neutrale sowie mittel- und osteuropäische Staaten werden. Der US-Abgeordnete Smith betonte, die Debatte über die Form des europäischen Pfeilers ginge auch die USA und Kanada etwas an; sie müsse gründlich geführt werden, bevor man Veränderungen in der Streitkräftestruktur vornehmen könne. Auch niederländische und italienische Redner bezeichneten den deutsch-französischen Vorstoß als verfrüht.

Die spanischen Gastgeber, aber auch Vertreter Italiens und der Türkei warnten außerdem, wie schon auf früheren Tagungen, vor Entwicklungen im Vorfeld der Südflanke, die das Bündnis unmittelbar betreffen könnten. Eine Initiative für Sicherheit und Zusammenarbeit im gesamten Mittelmeerraum („KSZM“) werde daher immer dringender.

Die in London und Rotterdam vielfach beschworene „Politisierung der Allianz“ wollte der Leiter der kanadischen Delegation, Abg. Hicks, konkret verstanden wissen: Unter Berufung auf das Washingtoner Abkommen mahnte er Kompromißbereitschaft bei den unter den Bündnispartnern umstrittenen wirtschaftlichen Fragen wie Landwirtschaftssubventionen und Fischereirechte an.

Der Leiter der deutschen Delegation, Abg. **Klaus Francke**, hob in seiner Rede den grundlegenden Wandel des Sicherheitsbegriffs hervor: diese sei heute ein vornehmlich politisches und wirtschaftliches Problem, die konkrete Bedrohung sei dem eventuellen Risiko gewichen. Er wandte sich gegen jeden Ansatz, den transatlantischen Verbund zu lockern, und würdigte die Rose-Roth-Initiative als bedeutenden Beitrag zur Gestaltung der von den Außenministern Baker und Genscher angesprochenen euroatlantischen Gemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok. Militärische Vorsorge bleibe jedoch weiterhin unerläßlich, und vor diesem Hintergrund könne eine europäische Verteidigung ohne die USA nicht im Interesse der Europäer liegen. Der Delegationsleiter stellte klar, daß die deutsch-französische Initiative die Stärkung der atlantischen Allianz insgesamt zum Ziel habe; die vorgesehenen, konkreten Schritte zur Schaffung eines europäischen Pfeilers seien nicht exklusiv, sondern als Anregung an andere Partner zu verstehen. Abschließend begrüßte er die Assoziation der baltischen Delegationen und unterstützte nachdrücklich ihre Forderung nach schnellstmöglichem Abzug der sowjetischen Truppen.

Der stellvertretende Delegationsleiter, Senator **Volker Krönig**, betonte in seinem Beitrag, Europa stehe erst am Anfang des Wiederaufbaus nach dem Kalten Krieg. Die Überwindung des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles und der Ausbau der internationalen Strukturen der Friedenssicherung bilde die künftige Hauptaufgabe. Die hierfür erforderliche Aufbauhilfe sei nicht allein durch finanzielle Zuwendungen zu leisten, sondern müsse vor allem in praktischer Beratung bestehen. Dazu seien viele Initiativen des Westens wünschenswert. Die neue Sicherheitskonzeption des Bündnisses müsse bei den Ursachen der Instabilität ansetzen und Antworten auf neuen Nationalismus, historische legitimierte Ansprüche sowie die anwachsenden Wanderbewegungen finden. In der engen Verzahnung von NATO und KSZE sah er einen Weg, sowohl Krisenvorsorge als auch die friedliche Beilegung von Konflikten zu gewährleisten.

Abg. **Brigitte Schulte** sprach sich dafür aus, den immer wieder spürbaren Gegensatz zwischen NATO und WEU durch gemeinsame Initiativen der Briten, Franzosen und Deutschen mit anderen europäischen Bündnispartnern abzubauen. So könnten die Europäer die USA tatsächlich entlasten. Sie verwies auf die besondere Verpflichtung Deutschlands gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten und mahnte stärkere Hilfsanstrengungen für deren Entwicklung an; die KSZE müsse als das dafür gegebene Instrument ernstgenommen werden. Im Zuge des Zurücktretens der militärischen Dimension von Sicherheit forderte Frau Schulte eine Verfeinerung des Instrumentariums der Wirtschaftssanktionen gegenüber Friedensbrechern.

Abg. **Hans-Dirk Bierling** erinnerte an seine erste Teilnahme an einer NAV-Tagung, als Beobachter der DDR-Volkskammer 1990 in Paris, bei der ihm die politische Grunddimension des Bündnisses als Wertegemeinschaft auch durch die Offenheit der NAV für Vertreter aus Mittel- und Osteuropa demonstriert worden sei. Im Sinne dieser Wertegemeinschaft

müsse man sich jedoch fragen, ob nicht zur Stabilisierung der jungen Demokratien ihre Assoziation an das Bündnis nunmehr angezeigt sei.

Abg. **Uta Zapf** erläuterte die geschlossene Stimmhaltung der deutschen Delegation bei der Abstimmung über die vom Politischen Ausschuss vorgelegte Entschließung (s. Anhang S. 17), die mit der Forderung nach Überprüfung der KSZE-Verfahren einen eher skeptischen Tenor aufweise: Zur Eindämmung von Nationalismus, Minderheitenkonflikten und Migrationen biete allein die KSZE das geeignete Instrumentarium. Sie wandte sich gegen die von Generalsekretär Wörner angedachten Sicherheitsaufgaben außerhalb des Vertragsgebietes für WEU-Streitkräfte. Vielmehr forderte sie die Beteiligung Mittel- und Osteuropas einschließlich der Sowjetunion an kooperativen Sicherheitsstrukturen und Mechanismen zur Konfliktbeilegung, die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zur Bewältigung der Migrationsproblematik und weitere Abrüstung in Verbindung mit einer restriktiven Rüstungsexportpolitik.

Zu der auf die Bitte des Präsidenten von Abg. George (Vereinigtes Königreich) vorgelegten Plenarentschließung „Die NATO nach dem Umbruch in der Sowjetunion“ wurden insgesamt 31 Änderungsanträge eingereicht, von denen insbesondere die deutschen Anträge zur Abrüstungsinitiative des US-Präsidenten und zum Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Baltikum Aufnahme in den verabschiedeten Text (s. Anhang S. 20) fanden.

Euro-atlantischer Roundtable

Im Anschluß an die 37. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung in Madrid fand am 22. Oktober 1991 unter Vorsitz des Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) ein weiterer euro-atlantischer Roundtable statt.

Zu Beginn berichtete **Dr. Ottokar Hahn**, der als Berater für die EG-Kommission tätig ist, über die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. Im Rahmen der EG-Architektur sei es wichtig, den Demokratisierungsprozeß in Osteuropa sowie die Verwirklichung der Menschenrechte zu unterstützen und die osteuropäischen Länder auf dem Weg zur Marktwirtschaft zu begleiten. Ziel sei letztendlich die Aufnahme derjenigen Staaten Mittel- und Osteuropas in die EG, die die entsprechenden Aufnahmebedingungen erfüllten. Voraussetzung für den EG-Beitritt seien die Achtung der Menschenrechte, das Vorhandensein demokratischer Strukturen, die Übernahme des „acquis communautaire“ sowie die Unterstützung der politischen Ziele der EG.

Schon frühzeitig habe die EG Kooperationsabkommen mit einigen Ländern Mittel- und Osteuropas abgeschlossen; zur Zeit werde über entsprechende Abkommen mit Albanien und den baltischen Staaten verhandelt. Im übrigen leiste die EG seit 1988 im Rahmen des PHARE-Programms finanzielle Hilfe für die Länder Mittel- und Osteuropas. Zur Zeit verhandele die EG mit Ungarn, Polen und der CSFR über

Assoziierungsabkommen, die eine Zwischenstufe zum EG-Beitritt darstellten. Die Assoziierungsabkommen seien der institutionelle Rahmen für die Zusammenarbeit mit der EG, sie enthielten zugleich die Verpflichtung, den „acquis communautaire“ so weit wie möglich zu übernehmen und die gegenseitige Öffnung der Märkte voranzutreiben. Was das Ziel des künftigen EG-Beitritts einiger mittel- und osteuropäischer Länder angehe, so müßten die genannten Aufnahmebedingungen erfüllt sein. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten liege ein Beitritt zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder im Interesse der mittel- und osteuropäischen Staaten noch der Europäischen Gemeinschaft. Grundsätzlich vertrat er aber die Auffassung, daß die Vertiefung der EG in Richtung Europäische Politische Union und die Erweiterung der EG nach Osten miteinander vereinbar seien.

Im Hinblick auf die neuen Kooperations- und Assoziierungsabkommen werde das PHARE-Programm der EG in den nächsten Jahren erweitert. Schwerpunkte seien der Transfer von Know-how sowie Beratungshilfen im finanziellen und technischen Bereich. Abschließend unterstrich er, daß finanzielle Hilfe allein nicht ausreiche, entscheidend sei auch die Öffnung der EG-Märkte für die Produkte aus den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Auf die Fragen von Parlamentariern aus Mittel- und Osteuropa eingehend unterstrich **Dr. Ottokar Hahn**, daß die Infrastrukturplanung für die Länder Osteuropas besonders wichtig sei. Angesichts des enormen Finanzbedarfes müßte nach neuen Methoden der Finanzierung, beispielsweise über den privaten Kapitalmarkt, gesucht werden. Auf die desolate Umweltsituation in der CSFR angesprochen hob er hervor, daß es insbesondere im Rahmen des PHARE-Programms Möglichkeiten gebe, im Bereich des Umweltschutzes Hilfestellung zu leisten. Aufgabe des PHARE-Programms sei es im übrigen, geeignete Rahmenbedingungen für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Auf die Frage eines litauischen Parlamentariers, ob die Zusammenarbeit im Rahmen des baltischen Rates für einen späteren EG-Beitritt nützlich sei, antwortete **Dr. Ottokar Hahn**, daß die EG grundsätzlich jede Form von regionaler Zusammenarbeit begrüße. Er regte deshalb an, weiter im Rahmen des baltischen Rates zusammenzuarbeiten und parallel dazu die Kooperationsabkommen mit der EG voranzutreiben.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) fragte, wie sich aus der Sicht der EG das Problem des beleihbaren Eigentums als Voraussetzung für Kreditprogramme in den Ländern Mittel- und Osteuropas darstelle. Sie fragte außerdem nach dem Verfahren der Entsendung von Finanzfachleuten als Berater nach Osteuropa sowie nach den Vorstellungen der EG zur notwendigen Auflösung der Großbürokratien in Mittel- und Osteuropa. In seiner Antwort sagte **Dr. Ottokar Hahn**, daß die Voraussetzungen für die Privatisierung in den einzelnen Ländern unterschiedlich seien und daß die Privatisierung beispielsweise in Ungarn weiter fortgeschritten sei als in den anderen Ländern. Durch die Übernahme des „acquis communautaire“ sei zumindest in den Ländern, die Assoziierungsabkommen anstrebten, der Übergang zum

Privateigentum gesichert. Die Auswahl der Fachleute und Berater, beispielsweise für das PHARE-Programm, erfolge durch Ausschreibungen im EG-Rahmen. Abschließend bemerkte er, daß der Abbau der Bürokratie nicht nur in Mittel- und Osteuropa wichtig sei. Die EG biete deshalb im Zusammenhang mit der Reorganisation von Verwaltungsbürokratien ebenfalls Beratungshilfen an.

Zu Beginn der anschließenden Diskussion über die zukünftige Rolle der NATO gab Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) eine kurze Einführung. Mit Blick auf den NATO-Gipfel im November 1991 in Rom warf er die Frage auf, wie sich die Beziehungen der NATO zu den Ländern Mittel- und Osteuropas und zur Sowjetunion in der Zukunft gestalten sollten und ob eine NATO-Mitgliedschaft dieser Länder denkbar sei. In diesem Zusammenhang ging er auf die Möglichkeit einer assoziierten Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Länder in der NATO ein, die ein erster Schritt zur vollen NATO-Mitgliedschaft sein könnte. Zugleich sprach er die weitere Intensivierung der Beziehungen zwischen der NATO und den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes an, mit der die NATO wesentlich zur Stabilisierung in Mittel- und Osteuropa beitragen könne.

Abg. **Frinking** (Niederlande) sagte in seinem Beitrag, daß sich die NATO in Zukunft zu einem politischen Konsultationsforum wandeln müsse. Zu einer möglichen Vollmitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Länder in der NATO bemerkte er, daß diese nur dann möglich sei, wenn die Stabilität innerhalb der NATO gewährleistet bleibe. Abg. **Suchanek** (CSFR) sprach davon, daß sich die CSFR zur Zeit in einem Sicherheitsvakuum befinde. Die NATO sei der Pfeiler der Stabilität in Europa und er hoffe deshalb, daß die NATO auch die CSFR unter ihren Sicherheitsschirm nehme. Abschließend sagte er, daß sein Land grundsätzlich an einer Assoziation mit der NATO interessiert sei.

Abg. **Bouvard** (Frankreich) unterstrich, daß die Sowjetunion auch weiterhin eine militärische Supermacht bleiben und für lange Jahre außerdem eine ernstzunehmende Nuklearmacht sein werde. Entscheidend sei deshalb der Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Abrüstungsfragen. Dieser Dialog müsse fortgesetzt werden, da es auch nach dem Ende des bipolaren Systems weiterhin Gefahren und Risiken gebe. Er begrüßte in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die enge Zusammenarbeit von NATO und NAV mit den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Abg. **Lobow** (Sowjetunion) begrüßte ebenfalls die Intensivierung der Kontakte zwischen den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes und der NATO. Diese Kontakte, die für beide Seiten sehr wichtig seien, hätten inzwischen den Charakter der Normalität erreicht. Anschließend sprach er von der Gefahr einer neuen Bipolarität; es werde in Zukunft wieder

zwei Blöcke geben, die sich gegenüber stehen würden, nämlich Mitglieder und Nichtmitglieder der NATO. Dies sei für ihn nicht akzeptabel, es müßten daher neue Wege gesucht werden, die NATO zu absorbieren. Es müsse ein neues Sicherheitssystem aufgebaut werden, das an die Stelle der NATO treten sollte.

Im Anschluß daran stellte Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) die rhetorische Frage, ob die NATO nach dem Ende des Warschauer Paktes und dem Wegfall der Bedrohung durch die Sowjetunion aufgelöst werden sollte. Nach seiner Auffassung sei die Allianz ein Sicherheitsbündnis mit Ausnahmecharakter, da es sich bei der NATO — unabhängig von der Bedrohung durch die Sowjetunion oder andere potentielle Feinde — um eine transatlantische Wertegemeinschaft handele. Wichtig sei, daß sich die NATO allmählich von einer militärischen zu einer politischen Allianz wandle. Die NATO werde deshalb, zwar nicht in ihrer alten Struktur, sondern den neuen Gegebenheiten angepaßt, auch in Zukunft weiterbestehen.

Abg. **Brigitte Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) wies auf die deutschen Erfahrungen mit dem Atlantischen Bündnis hin. Für die Bundesrepublik Deutschland sei die frühe Einbindung in das Atlantische Bündnis von entscheidender Bedeutung gewesen. Die Bundesrepublik Deutschland habe von der Mitgliedschaft in der NATO immer profitiert, nicht zuletzt dadurch, daß sich neue Freundschaften mit den anderen Bündnisländern entwickelt hätten. Anschließend sprach sie die positive Entwicklung in Mittel- und Osteuropa in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft an. Entscheidend sei es, in den Ländern Mittel- und Osteuropas wirtschaftliche Stabilität zu erreichen. Darauf basiere politische Stabilität, die ihrerseits Voraussetzung für militärische Stabilität sei. Erst bei Erfüllung dieser Voraussetzung seien die mittel- und osteuropäischen Länder zur Partnerschaft mit dem Nordatlantischen Bündnis fähig. Sie unterstrich, daß die NATO grundsätzlich allen Staaten die Möglichkeit geben müßte, Mitglied des Bündnisses zu werden. Dabei dürfe man sich nicht nur auf Europa konzentrieren. Das NATO-Bündnis müsse die Chance ergreifen, sich zu einem Zusammenschluß, der über die Staaten Europas hinaus gehe, zu entwickeln.

Abg. **Bouvard** (Frankreich) unterstrich nochmals die Bedeutung der gemeinsamen Werte für das Atlantische Bündnis. Zugleich sprach er sich für eine Öffnung der Allianz gegenüber den Ländern Mittel- und Osteuropas aus. Abschließend wies Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) darauf hin, daß die Nordatlantische Versammlung durch die Teilnahme der assoziierten Delegationen aus Mittel- und Osteuropa eine neue Dimension erhalte. Durch die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den assoziierten Delegationen werde die Nordatlantische Versammlung deshalb in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.

Klaus Francke (Hamburg), MdB
Leiter der Delegation

Senator Volker Krönig
stellvertretender Leiter der Delegation

EntschlieBung 226

**betr. die nationale Frage
und die Stabilität in Europa**

Die Versammlung,

1. *zutiefst besorgt* über die jüngsten Ereignisse auf dem Gebiet der jugoslawischen Föderation und *beunruhigt* über die potentiellen Auswirkungen der gegenwärtigen Umwälzungen in der Sowjetunion sowie über das Fortbestehen zahlreicher nationaler, ethnischer und religiöser Spannungen in Europa;
2. *die Anstrengungen begrüßend*, die von der Europäischen Gemeinschaft und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie von anderen Organisationen und Staaten zur Beendigung der Kampfhandlungen unternommen werden; jedoch
3. *beunruhigt* über die ständigen Verletzungen der Waffenstillstandsvereinbarungen und die wiederholte Anwendung von Gewalt; und
4. *in der Gewißheit*, daß Krisen dieser Art in Mittel- und Osteuropa die politische Stabilität des gesamten Kontinents direkt oder indirekt in Mitleidenenschaft ziehen und die Errichtung einer neuen, friedlichen, erfolgreichen und zweckmäßigen Weltordnung gefährden können;
5. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*:
 - a) die Bedingungen zu untersuchen, unter denen die Schaffung einer ständigen KSZE-Friedenstruppe wünschenswert und realisierbar wäre, die nach Möglichkeit unter der Schirmherrschaft der UNO eingesetzt würde und im Bedarfsfall vorübergehend in den betroffenen Gebieten stationiert werden könnte. Dies würde entweder mit Zustimmung durch die rechtmäßige Behörde dieses Gebiets, das Mitglied der KSZE ist, oder ohne deren Zustimmung erfolgen, wenn sich alle übrigen KSZE-Staaten einstimmig dafür aussprechen;
 - b) die Möglichkeit zu untersuchen, ob eine solche Truppe im Einzelfall vorübergehend die durch die integrierte Militärstruktur der NATO gegebenen Einrichtungen nutzen könnte;
 - c) anzuerkennen, daß jede bewaffnete Aggressionshandlung eines souveränen KSZE-Staates gegen einen anderen Staat eine unzulässige Verletzung der Charta von Paris darstellen würde und folglich als eine Bedrohung für die Stabilität des gesamten Kontinents angesehen und entsprechend behandelt werden sollte.

EntschlieBung 227

**betr. Sicherheit und Zusammenarbeit
im Mittelmeerraum**

Die Versammlung,

1. *in der Erkenntnis*, daß bereits seit mehreren Jahren und insbesondere infolge der kürzlichen Golfkrise die Stabilität im Mittelmeerraum von zunehmender Bedeutung für die Sicherheit Europas ist,
2. *mit Genugtuung* über die vor kurzem unternommenen Bemühungen der Mittelmeerstaaten des Nordatlantischen Bündnisses mit dem Ziel, Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region zu verstärken, jedoch
3. *besorgt* über die anhaltenden politischen Spannungen, die Risiken einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die Ausweitung der demographischen und wirtschaftlichen Kluft zwischen der nördlichen und südlichen Küste des Mittelmeers sowie über fortwährende Verstöße gegen die Menschenrechte und wachsende Intoleranz in bestimmten Staaten der Region;
4. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*
 - a) die politischen Konsultationen auf höchster Ebene zu intensivieren, um so bald wie möglich und gleichzeitig mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes eine ständige Einrichtung zu schaffen, die die Aufgabe hat, sich mit gemeinsamen Problemen im Mittelmeerraum auf einer multilateralen Grundlage zu befassen und das Konzept der gemeinsamen Entwicklung zu fördern und dabei — soweit angebracht — die Erfahrungen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu berücksichtigen;
 - b) als Erfahrungsgrundlage für die zukünftige Zusammenarbeit im gesamten Mittelmeerraum Programme der Zusammenarbeit über besondere Fragen, wie z. B. Umweltprobleme und Kulturaustausch, zu entwickeln und zu beschleunigen und Partnerschaften und bilaterale Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Lehranstalten, Gesundheitsorganisationen und humanitären Gremien zu fördern;
 - c) in Zusammenarbeit mit den bestehenden europäischen Institutionen eine Sonderkonferenz einzuberufen über Bevölkerungsströme im Mittelmeerraum mit dem Ziel einer besseren Koordination von politischen Maßnahmen und im Hinblick auf die Schaffung eines Netzes bilateraler und multilateraler Vereinbarungen, mit dessen Hilfe die Wanderbewegungen im Mittel-

meerraum in einem globalen Rahmen behandelt werden können;

- d) den Austausch zwischen Parlamentariern der NATO-Staaten und Mitgliedern demokratisch gewählter Parlamente in Nord-Afrika zu fördern;
- e) dabei mitzuhelfen, bestehende bilaterale Streitigkeiten zwischen NATO-Staaten im Mittelmeerraum mit friedlichen Mitteln beizulegen.

Entschließung 228

betr. die nukleare Rüstungskontrolle

Die Versammlung,

1. *unter Hinweis auf* die von ihr im Jahre 1990 angenommene Entschließung 216 betr. Rüstungskontrolle und Rüstungstransfer;
2. *in der Überzeugung*, daß die neuen internationalen politischen Verhältnisse noch nie dagewesene Möglichkeiten bieten, für ein weitreichendes und unumkehrbares Nachlassen des Wettrüstens sowie für eine Vertiefung des Abrüstungsprozesses im Hinblick auf alle Waffenkategorien und Waffensysteme;
3. die jüngsten von Präsident Bush und Präsident Gorbatschow angekündigten Abrüstungsinitiativen *begrüßend*, die wichtige Schritte auf dem Weg zu sichereren und vernünftigeren Ost-West-Beziehungen darstellen und mit einer drastischen Herabsetzung des Niveaus für militärisches Gerät, insbesondere im nuklearen Bereich, einhergehen;
4. *in Anerkennung* der Tatsache, daß der START-Vertrag eine historische und bedeutende Etappe im Prozeß der Verringerung der strategischen Nuklearwaffen darstellt und daß energische Maßnahmen zur Beschleunigung dieses Prozesses ergriffen werden sollten;
5. *in der Überzeugung*, daß die gesetzgebenden Organe der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Ratifizierung des START-Vertrags rasch vorantreiben werden;
6. *beunruhigt* bei der Vorstellung, daß das Auseinanderstreben der Teilrepubliken in der Sowjetunion den zentralen Oberbefehl und die Kontrolle über die Nuklearwaffen sowie die Sicherheit schwächen könnten, und bei dem Gedanken an die Atomwaffen und das damit verbundene Risiko der nuklearen Weiterverbreitung; und *in der Überzeugung*, daß diese Frage Gegenstand eines internationalen Dialogs sein sollte, in den alle Kernwaffen-Staaten oder -Mächte einbezogen werden;
7. *mit Lob* für die Sowjetunion, weil sie ein einjähriges Moratorium für Atomtests beschlossen hat;
8. die Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über „gemeinsame Systeme zur Abwehr nuklearer Raketenangriffe mit Hilfe boden- oder weltraumgestützter Elemente“ mit

Befriedigung zur Kenntnis nehmend, in der Überzeugung, daß die aufgrund dieser Gespräche getroffenen Entscheidungen nicht zu einer Gefährdung der Stabilität führen werden, die das Kernstück des ABM-Vertrags bildet,

9. die jüngsten Verpflichtungen *begrüßend*, deren Ziel in einer drastischen Verringerung des taktischen Nuklearwaffenarsenals in Europa oder an anderen Orten besteht;
10. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Bündnisses *dringend auf*:
 - a) die von den beiden Supermächten ergriffenen Initiativen im Hinblick auf eine beträchtliche Verringerung der Anzahl und des Arsenalts taktischer Nuklearwaffen in Europa und an anderen Orten umzusetzen;
 - b) den festen und anhaltenden gemeinsamen Willen der NATO-Länder, niemals als erster einen bewaffneten Konflikt zu entfachen, erneut zu bekräftigen;
11. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion *dringend auf*:
 - a) nach erfolgter Ratifikation dieses Vertrags entschlossen neue Verhandlungen über die Verringerung der strategischen Nuklearwaffen zu führen mit dem Ziel, auf deutlich niedrigeren Niveaus eine noch größere Stabilität zu erreichen;
 - b) die Möglichkeit der Schaffung eines anderen Gleichgewichts zwischen Angriffs- und Verteidigungssystemen zu untersuchen, indem gemeinsame Abwehrsysteme für bestimmte Flugkörper errichtet werden, ohne daß dabei die Absicht des ABM-Vertrags in Frage gestellt wird.
12. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Kernwaffen-Staaten des Atlantischen Bündnisses *dringend auf*:
 - a) multilaterale Verhandlungen aufzunehmen, deren Ziel es ist, Rahmen und Zeitplan für den Abschluß eines Vertrags über einen umfassenden Nuklearteststopp festzusetzen;
 - b) innerhalb des Nordatlantikrats Gespräche aufzunehmen über die von Präsident Mitterrand im Hinblick auf die Einberufung eines Gipfeltreffens der Kernwaffenmächte ergriffene Initiative und die Sowjetunion und interessierte Republiken aufzufordern, über zukünftige Sicherheitsniveaus sämtlicher Nuklearwaffen zu diskutieren;
 - c) eine wissenschaftliche Kommission innerhalb des Atlantischen Bündnisses einzusetzen, die mit der Aufgabe betraut wird, die Auswirkungen der Atomtests auf die Umwelt und insbesondere die nukleare Verseuchung der Atmosphäre, des Bodens, der tiefer liegenden Schichten sowie der Oberflächen- und Meeresgewässer zu untersuchen;

Entschließung 229
**betr. die KSZE und die neue europäische
Sicherheitsordnung**

Die Versammlung,

1. *in Anerkennung* der dringenden Notwendigkeit, daß das Atlantische Bündnis eine führende Rolle spielt bei der Schaffung neuer Mechanismen für Sicherheit und Stabilität in Europa;
2. *in Bekräftigung* der entscheidenden Rolle, welche die KSZE in Ergänzung zum Nordatlantischen Bündnis und anderen ineinandergreifenden Institutionen bei der Stärkung von Stabilität und Sicherheit in ganz Europa übernehmen sollte;
3. *erfreut* über die vom KSZE-Ausschuß Hoher Beamter eingeleiteten innovativen Maßnahmen auf der Grundlage der Charta von Paris für ein neues Europa und den Schlußfolgerungen des Treffens des Außenministerrats der KSZE-Teilnehmerstaaten in Berlin, insbesondere über das Angebot, eine Mission der guten Dienste sowie Beobachter aus den EG- und anderen KSZE-Teilnehmerstaaten nach Jugoslawien zu entsenden, die den Auftrag haben, die Ereignisse in diesem Land zu verfolgen, sowie über die Aufforderung an die Teilnehmerstaaten, dem Konfliktverhütungszentrum der KSZE Informationen vorzulegen in bezug auf nationale Politiken über den Transfer von Waffen und militärischem Gerät an alle jugoslawischen Parteien und solchen Transfers Einhalt zu gebieten und in dieser Hinsicht Zurückhaltung zu üben;
4. *in Bestätigung* der Bereitschaft der Nordatlantischen Versammlung, ihre Dienste der Parlamentarischen Versammlung der KSZE zur Verfügung zu stellen;
5. *in der Überzeugung*, daß weitere Maßnahmen vereinbart werden können zur Förderung der Effizienz des KSZE-Prozesses;
ersucht die Regierungen der Mitgliedstaaten der KSZE *dringend*:
6. bei der nächsten sich ergebenden Gelegenheit die bestehenden KSZE-Mechanismen für Sicherheit und Stabilität in Europa zu überprüfen, einschließlich, *unter anderem*, des Konfliktverhütungszentrums, des Beratenden Ausschusses, des Ausschusses Hoher Beamter sowie der regelmäßigen Ministertreffen, der Helsinki-Folgetreffen und zahlreicher Expertentreffen, um festzusetzen, welche Mechanismen zukünftig für die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in Europa erforderlich sind;
7. sich für die rasche Verabschiedung weitreichender Minderheitenrechte einzusetzen, denen in einer Konvention ein verbindlicher Charakter verliehen wird;
8. auf dem Helsinki-Folgetreffen im Jahre 1992 die Untersuchung von Möglichkeiten zur Verhinderung von Doppelarbeit und Verwirrung zwischen

den bestehenden Einrichtungen und Mechanismen der KSZE empfehlen,

9. als Unterstützung hierzu auf dem KSZE-Folgetreffen in Helsinki 1992 einen neuen Satz militärisch bedeutender, politisch verbindlicher und verifizierbarer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen zu verabschieden, die in der Anwendungszone Gültigkeit besitzen würden in bezug auf: die Aktivierung nicht-aktiver Einheiten und die Verlegung von militärischen Streitkräften, Beschränkungen hinsichtlich des Umfangs, der Gleichzeitigkeit und Häufigkeit von Geländeaktivitäten, die Veranstaltung gemeinsamer Geländeübungen für Mitgliedstaaten, die nicht dem gleichen Bündnis angehören, und zusätzlichen Informationsaustausch, wie am 3. Juli 1991 von Polen vorgeschlagen, einschließlich über weitweite Waffengeschäfte und den Transfer von wichtigen konventionellen Waffen und Geratesystemen;
10. die Fragen zu untersuchen, ob das KSZE-Sekretariat, das Konfliktverhütungszentrum und die Institution für die menschliche Dimension den gleichen Standort haben sollten oder nicht, ob sich das Konfliktverhütungszentrum mit allen bestehenden oder potentiellen Konflikten oder nur mit denjenigen befassen sollte, die sich auf die militärische Sicherheit beziehen, ob ein vereinbarter Prozeß zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten innerhalb der KSZE vom Konfliktverhütungszentrum, vom Sekretariat oder einer anderen bereits bestehenden oder neu zu schaffenden Einrichtung in Gang gesetzt werden sollte; ob die Aufgaben des Wahlbeobachtungszentrums nicht zweckmäßiger von der neuen parlamentarischen KSZE-Versammlung ausgeführt werden sollten; ob die zunehmende Veranstaltung von Gipfeltreffen, Folgetreffen, Expertentreffen, Ministertreffen, Treffen Hoher Beamter, Treffen des Beratenden Ausschusses und anderer Zusammenkünfte unter der Schirmherrschaft der KSZE tatsächlich die wirksamste Arbeitsweise ist, oder ob diese zahlreichen Treffen auf unterschiedlichen Ebenen und an unterschiedlichen Orten nicht nur Verwirrung stiften und die Form über den Inhalt stellen anstatt Probleme zu lösen,
11. Wege und Mittel zur Vereinfachung der neuen Mechanismen innerhalb der KSZE zu untersuchen, um während der kritischen Übergangsphase zu einer neuen Sicherheitsordnung in Europa rechtzeitige und wirksame Methoden für die Bewältigung von Problemen im Bereich der Sicherheit, der Menschenrechte und der Stabilität zu gewährleisten.

Entschließung 230
betr. Klimaänderungen

Die Versammlung,

1. *unter Hinweis* auf ihre Entschließung 220 (1990) über den Abbau der Ozonschicht und weltweite Klimaänderungen, in der verstärkte Forschungs-

- arbeiten über die Phänomene des Abbaus der Ozonschicht und der Klimaänderungen, eine schnellere Abschaffung ozonzerstörender Stoffe und das Einfrieren des Ausstoßes von Treibhausgasen auf dem Stand von 1990 bis zum Jahre 2000 gefordert werden;
2. *mit Lob* für die Vereinten Nationen für umgehen des Handelns in Form der Ausarbeitung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, und
 3. *mit Genugtuung* über die von einigen Staaten ergriffenen Maßnahmen zur schnelleren Abschaffung von ozonabbauenden Stoffen als im Montrealer Protokoll und auf späteren Überprüfungs-konferenzen vereinbart; aber
 4. *zutiefst beunruhigt* darüber, daß einige Staaten, die das Montrealer Protokoll noch nicht unterzeichnet haben, die Bemühungen zum Schutz der Ozonschicht zunichte machen könnten, und daß einige Unterzeichnerstaaten bislang noch keine Angaben über ihre Verwendung von ozonabbauenden Stoffen vorgelegt haben; und
 5. darüber hinaus *beunruhigt* darüber, daß einige Industriestaaten noch nicht die von ihnen gemachten Zusagen erfüllt haben, Mittel zur Verfügung zu stellen, die es den Entwicklungsländern ermöglichen, sich auf Ersatzstoffe für ozonabbauende Stoffe umzustellen, ohne dabei den wirtschaftlichen Fortschritt in diesen Ländern zu beeinträchtigen;
 6. *beunruhigt* über neue wissenschaftliche Erkenntnisse, denen zufolge der Abbau der Ozonschicht sich über weite Teile der nördlichen Hemisphäre sowie über der Antarktis auszuweiten scheint;
 7. *feststellend*, daß derzeitige Ersatzstoffe für ozonabbauende Substanzen im gewissen Umfang ozonzerstörend sind;
 8. *sich der wissenschaftlichen Ungewißheiten bewußt* in bezug auf mögliche weltweite Klimaänderungen aufgrund der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre; aber
 9. *zu der Überzeugung gelangt*, daß genügend alarmierende wissenschaftliche Erkenntnisse über die Erwärmung des Planeten vorliegen und daß die möglichen Auswirkungen der Erderwärmung so schwerwiegend sind, daß unverzügliches Handeln erforderlich ist;
 10. *sich dessen bewußt*, daß derzeit unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen Verhandlungen stattfinden, um bis zum Juni 1992 eine weltweite Konvention über Klimaveränderungen auszuarbeiten; und
 11. *besorgt* über beträchtliche Meinungsverschiedenheiten in bezug auf zu ergreifende Maßnahmen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu begrenzen;
 12. *in der Überzeugung*, daß derartige Maßnahmen die Grundlage einer globalen „in jeder Hinsicht verantwortungsbewußten“ Politik sein sollten, die den Ausstoß von Treibhausgasen begrenzen und auch dann nützlich sein könnte, wenn sich Befürchtungen über Klimaänderungen als übertrieben herausstellen sollten;
 13. *in der Überzeugung*, daß derartige Maßnahmen die Grundlage einer „in jeder Hinsicht verantwortungsbewußten“ Politik sein könnten, welche den Ausstoß von Treibhausgasen begrenzen und nützlich sein würde, selbst wenn sich Befürchtungen über Klimaänderungen als unbegründet oder übertrieben herausstellen sollten;
 14. *mit Lob* für jene Nationen, die bereits Grenzwerte für das Einfrieren und sogar für die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen festgelegt haben;
 15. *fordert* die Regierungen und Parlamente des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*
 - a) voll und ganz Forschungsarbeiten mit dem Ziel vertiefter Erkenntnisse über klimatische Vorgänge und zuverlässigerer Voraussagen über Klimaänderungen zu unterstützen, und, soweit möglich, neue und zusätzliche Forschungsvorhaben anzuregen;
 - b) so schnell wie möglich ozonabbauende Stoffe, wie z. B. FCKWs und Halone abzuschaffen und alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um diese durch Ersatzstoffe zu ersetzen, die weniger gefährlich für die Ozonschicht sind;
 - c) schnellstmöglich Ersatzstoffe für ozonzerstörende Substanzen zu entwickeln, die keinen Abbau der Ozonschicht bewirken;
 - d) ihren Verpflichtungen nachzukommen und Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Entwicklungsländer anstelle von ozonabbauenden Stoffen Ersatzstoffe einsetzen können, und damit mehr Entwicklungsländer zu ermutigen, Vertragspartner des Montrealer Protokolls zu werden;
 - e) sicherzustellen, daß die Konvention der Vereinten Nationen über Klimaänderungen Mechanismen vorsieht, die die häufige Anwendung von Zusatzmaßnahmen erleichtern — einschließlich der Festlegung von Grenzwerten für die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen — sofern sich diese Maßnahmen aufgrund von wissenschaftlichen Erkenntnissen als berechtigt herausstellen sollten;
 - f) gegenüber anderen Staaten beispielhaft zu handeln, indem sie sich verpflichten, das Ziel des Einfrierens des Ausstoßes von Kohlendioxyd auf die Jahresmenge von 1990 bis zum Jahr 2000 zu verwirklichen;
 - g) sicherzustellen, daß die Konvention der Vereinten Nationen über Klimaänderungen als Mindestziel die Verabschiedung einer umfassenden „in jeder Hinsicht verantwortungsbewußten“ Politik vorsieht, wie z. B. die Förderung einer effizienten Energiewirtschaft, die Reduzierung des sauren Regens und Anreize

für Wiederaufforstungsprogramme, die für sich allein schon lohnend sind und ebenfalls das Entstehen von Treibhausgasen einschränken könnten.

Entschließung 231

betr. die durch chemische Waffen hervorgerufenen Probleme im Bereich von Politik und Umwelt

Die Versammlung,

1. *zutiefst beunruhigt* über die Weiterverbreitung chemischer und biologischer Waffen und damit zusammenhängender Technologien;
2. *besorgt* darüber, daß es dem Irak trotz der zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung chemischer Waffen erfolgten Bemühungen gelungen ist, ein beträchtliches Arsenal chemischer Waffen bereitzustellen;
3. *in der Überzeugung*, daß die im Übereinkommen über biologische und toxische Waffen verankerten Verpflichtungen erfüllt und internationale Inspektionen in Anlagen gestattet werden sollten, von denen angenommen wird, daß sie sich mit Forschung, Entwicklung und Produktion im Zusammenhang mit biologischen Waffen befassen;
4. das zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Jahre 1990 geschlossene bilaterale Abkommen über die Reduzierung ihrer chemischen Waffenarsenale *begrüßend*;
5. *in Würdigung* der von der Abrüstungskonferenz unternommenen Bemühungen um den Abschluß eines Übereinkommens über chemische Waffen (CWC), das diese Waffenkategorie weltweit verbieten soll; aber
6. *in dem Bewußtsein*, daß zahlreiche Fragen, wie z. B. Verifikation, Finanzierung und Zusammensetzung des Exekutivrates, der die Einhaltung des Übereinkommens über chemische Waffen überwachen soll, die Verhandlungspartner vor schwierige Herausforderungen stellen;
7. *beunruhigt* darüber, daß die Sowjetunion noch nicht über die erforderlichen Anlagen für die Zerstörung ihrer Chemiewaffenarsenale verfügt;
8. *in dem Bewußtsein*, daß die Zerstörung der chemischen Waffen zahlreiche Umweltprobleme aufwirft und nach äußerst strengen Kriterien erfolgen muß;
9. *in Anerkennung* der von den Vereinigten Staaten eingegangenen Verpflichtung, niemals von chemischen Waffen Gebrauch zu machen, auch nicht als Vergeltungsmaßnahme, sowie *in Anerkennung* der von ihnen unternommenen Bemühungen, ihr Know how bei der Zerstörung chemischer Waffen zur Verfügung zu stellen;
10. *besorgt* über die Tatsache, daß die nach den beiden Weltkriegen im Baltischen Meer und in der Nordsee abgeladenen chemischen Waffen

Auswirkungen auf die Umwelt haben könnten, deren Gesamtausmaß noch nicht abzusehen ist.

11. *zutiefst beunruhigt* darüber, daß zahlreiche mit Chemiewaffen beladene Schiffe auf dem Meeresgrund verrotten und daß Fischerboote in einigen Regionen immer häufiger auf chemische Waffen, Substanzen und Behälter stoßen;
12. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*:
 - a) Die Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz, deren Ziel es ist, mit Hilfe eines weltweiten und verifizierbaren Übereinkommens über chemische Waffen (CWC) ein Chemiewaffenverbot zu erreichen, voll und ganz zu unterstützen;
 - b) die Verabschiedung einer flexiblen und gerechten Regelung für die Verteilung der Kosten zu unterstützen, die im Hinblick auf die Verifikation eines Übereinkommens über chemische Waffen und die Konstituierung eines Exekutivrates entstehen;
 - c) dafür Sorge zu tragen, daß bei der Überwachung und Regelung des Handels mit chemischen Substanzen und chemischer Technologie die rechtmäßigen Handelsgeschäfte und die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts in den Entwicklungsländern berücksichtigt werden;
 - d) bei der Erstellung von Programmen für die Entwicklung neuer Zerstörungstechnologien für chemische Waffen zusammenzuarbeiten und der Sowjetunion und anderen Nationen, die dies wünschen, jede erforderliche Unterstützung bei der Anwendung solcher Technologien zuteil werden zu lassen;
 - e) eine Einschätzung der durch das Abladen chemischer Waffen im Meer entstandenen Bedrohung vorzunehmen, indem sie
 - a) alle historischen Daten über das Abladen chemischer Waffen im Meer zusammenstellen;
 - b) eine wissenschaftliche Studie zur Einschätzung der durch das Abladen chemischer Substanzen im Meer bedingten Folgen durchführen;
 - c) den Zustand der gesunkenen Schiffswracks, die chemische Waffen enthalten, mit Hilfe unbemannter Unterwasserfahrzeuge untersuchen;
 - f) im Lichte der oben erwähnten Einschätzung Maßnahmen zu formulieren, deren Ziel es ist, die mit den chemischen Waffen auf dem Meeresgrund verbundenen potentiellen Risiken auf das Mindestmaß herabzusetzen;
 - g) die Vereinten Nationen *dringend aufzufordern*, die Frage der auf dem Meeresgrund liegenden chemischen Waffen in die Tagesordnung der für Juni 1992 geplanten Konfe-

renz über Umwelt und Entwicklung aufzunehmen.

Entschließung 232

betr. die NATO und der Umbruch in der Sowjetunion

Die Versammlung,

1. *hocherfreut* über den historischen Wandel zur Demokratie in ganz Europa und über die mutige Abwehr des Putschversuches gegen die verfaßte Ordnung in der Sowjetunion;
2. *äußert* ihre Genugtuung über die Fortschritte der osteuropäischen Länder bei der Konsolidierung ihrer demokratischen Strukturen und begrüßt die Rückkehr Estlands, Lettlands und Litauens in die Staatengemeinschaft;
3. *anerkennt*, daß die Ereignisse vergangenen August in der Sowjetunion dem Bündnis eine neue vielschichtige Situation und einmalige Möglichkeiten für den Aufbau einer neuen Sicherheitsordnung bieten;
4. *ist besorgt*, daß die bei dem komplexen Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft auftretenden Risse nationalistische und irredentistische Gewaltakte hervorrufen könnten, die sowohl die direkt betroffenen Völker als auch andere Staaten gefährden könnten;
5. *bekräftigt*, daß die umgestaltete NATO und ihre vitale transatlantische Partnerschaft — einschließlich eines effektiven europäischen Pfeilers — die weltweit einzige, funktionierende kollektive Sicherheitsorganisation ist und deshalb auch weiterhin Vorrang hat unter den miteinander verzahnten Institutionen für Sicherheit in Europa und eine wesentliche Grundlage für alle Bemühungen zur friedlichen Streitbeilegung unter den und innerhalb der KSZE-Staaten bildet;
6. *unter Betonung* des Prinzips der Schlußakte von Helsinki, daß Grenzen nur in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können;
7. *anerkennt*, daß wirtschaftliche Freiheit langfristig die Voraussetzung für stabile demokratische Entwicklungen ist, und daß die Wirtschaftsreformen zwar größtenteils von innen in Gang gesetzt werden die Sicherheit der neuen Demokratien Europas jedoch unbedingt von substantiellen kooperativen Sofortprogrammen begleitet werden müssen, die eine Aufgabenverteilung unter den westlichen Staaten für verstärkte und sinnvolle Wirtschaftshilfen und offene Märkte vorsehen;
8. *anerkennt außerdem* die beträchtliche wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder Mittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion von der Waffenproduktion und den Anteil, den Produktion und Verkauf von Waffen an den wachsenden weltweiten Spannungen haben;
9. *begrüßt* die Initiative von Präsident Bush für tiefgreifende Reduzierungen bei den Nuklearwaffen, insbesondere bei den taktischen Nuklearwaffen kurzer Reichweite und der nuklearen Artillerie;
10. *begrüßt* ebenso die Abrüstungsinitiative des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow. Beide Maßnahmen eröffnen die Möglichkeit tiefgreifender Reduzierungen bei den Nuklearwaffen in Europa;
11. *bekräftigt* ihre Hoffnung, daß diese Initiativen für Andere ein Anreiz sind, ihre Nuklearwaffen abzubauen;
12. *hofft* auf entsprechende Fortschritte bei der Erprobung und Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen;
13. *ist überzeugt*, daß die Ausweitung der euroatlantischen Gemeinschaft und der Aufbau einer dauerhaften neuen europäischen Sicherheitsordnung ein grundlegend neues Denken dahinweisend erfordert, einen voll integrierten Kontinent sowie ein keinen Staat ausschließendes Sicherheitssystem in Europa zu schaffen, in dem die NATO und andere Institutionen, wie die KSZE, EG und WEU, eine aktive und wichtige Rolle spielen;
14. *begrüßt* die von den Vereinten Nationen ergriffenen Initiativen angesichts der irakischen Aggression gegen Kuwait, die für eine zukünftige Zusammenarbeit bei neuen Herausforderungen als Orientierung dienen können, und die Bemühungen der internationalen Koalition unter UN-Ägide;
15. *begrüßt* die Bemühungen einzelner Verbündeter und des Bündnisses insgesamt sowie der WEU bei der Abwehr der Aggression Iraks gegen Kuwait;
16. *begrüßt* die Parlamente der baltischen Staaten als assoziierte Mitglieder;
17. *anerkennt*, daß der vollständige und schnellstmögliche Abzug sowjetischer Streitkräfte aus Estland, Lettland und Litauen zur Konsolidierung von Souveränität und Stabilität in den freien baltischen Staaten beitragen würde;
18. *betrachtet mit großer Sorge* den Gang der Ereignisse in Jugoslawien, welche die Sicherheit und Stabilität unseres Kontinents zweifellos beeinträchtigen, und hofft, daß rasch eine Lösung zur friedlichen Beilegung der politischen Probleme gefunden wird, von denen diese wichtige Region erschüttert wird;
19. *bekräftigt* die wachsende Bedeutung der Nord-Süd-Beziehungen im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und ihre Auswirkungen auf die Sicherheit;
20. *begrüßt* die in Madrid anstehende Friedenskonferenz für den Nahen Osten, die für den Friedensprozeß in dieser Region neue Perspektiven eröffnet;

21. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses *dringend auf*:

- a) Zu erwägen, wie auf Bitten einer angemessen legitimierten Institution, einschließlich der KSZE, die einzigartigen Instrumentarien des Bündnisses in Zusammenarbeit mit jedem interessierten Staat angewendet werden können, um die Rechtsstaatlichkeit und die Interessen des Bündnisses zu unterstützen;
- b) Ernsthaft zu überprüfen, ob die Voraussetzungen nun gegeben sind für einen umfassenden multilateral verankerten Teststop für Nuklearwaffen, der die weitsichtige Initiative der Präsidenten Bush und Gorbatschow zur Reduzierung von Nuklearwaffen ergänzen würde;
- c) Anreize zu bieten für wirtschaftliche Freiheit und die Einbeziehung aller mittel- und osteuropäischen Länder in die Weltwirtschaft durch verstärkte und koordinierte Hilfe zur Selbsthilfe, durch die Förderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten, den weiteren Abbau von Importbeschränkungen als Ergebnis von Vereinbarungen und die Förderung einer aktiven Beteiligung in internationalen Wirtschaftsorganisationen wie EG, IWF, Weltbank und OECD, mit dem Ziel ihrer Vollmitgliedschaft, wo immer das angemessen ist.

22. *fordert* den Nordatlantikrat *dringend auf*:

- a) Dem KSZE-Konfliktverhütungszentrum die vereinbarten Daten zur Verfügung zu stellen, damit die dem Zentrum zugedachten Verifikationsaufgaben, einschließlich der Koordinierung multinationaler Inspektionen nach dem Vorschlag Dänemarks, Griechenlands, Ungarns und Polens vom 27. Juni 1991, den die Versammlung nachdrücklich unterstützt, erfüllt werden können;
- b) Die Nordatlantische Versammlung über die Haltung zu Kernproblemen hinsichtlich der Implementierung des KSE-Vertrages im Lichte der Entwicklungen in der Sowjetunion zu informieren, damit der Präsident und das Internationale Sekretariat der Versammlung den Mitgliedern und assoziierten Parlamentariern zu Kernbereichen der Ratifikation rechtzeitig beratend zur Seite stehen können;
- c) Die Konversion der Rüstungsindustrie auf zivile Güter im gesamten nordatlantischen Raum, wo immer dies möglich ist, zu fördern und der Sowjetunion und den Ländern Mittel-

und Osteuropas die entsprechende technische Hilfe zu gewähren;

- d) Auf die baldige Vernichtung aller bodengestützten nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa hinzuarbeiten, ein angemessenes Maß an minimaler Abschreckung festzulegen und der Sowjetunion bei der Nuklearwaffensicherheit jede nur mögliche Unterstützung anzubieten.
- e) Weiterhin die von der Versammlung initiierten pragmatischen Programme für Verbindungen und institutionalisierte gegenseitige Konsultationen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Sowjetunion zu vertiefen, und für diese Kontakte mit dem Ziel als Hauptforum zu dienen, daß bald formale diplomatische Konsultationen stattfinden, und von der vereinbarten Überzeugung ausgehend, die auch im Kopenhagener Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates vom Juni 1991 festgelegt ist, daß die Sicherheit des Bündnisses mit der aller anderen Staaten Europas untrennbar verknüpft ist;
- f) Zu bedenken, daß in Artikel 10 des Nordatlantikvertrages den Parteien ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt wird, durch einstimmigen Beschluß jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrages zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebietes beizutragen, zum Beitritt einzuladen und diesen Artikel dahingehend auszulegen, daß er auf Staaten anwendbar ist, in denen funktionierende demokratische Institutionen fest verankert sind und deren Sicherheitslage mit der des Bündnisses vereinbar ist.

23. *beschließt*:

- a) Ihre Aufgabe, einen friedlichen Übergang zu parlamentarischer Demokratie durch breitangelegte und bedarfsorientierte Aktivitäten fortzusetzen und voranzubringen und entsprechend der Rose-Roth-Initiative die assoziierten Delegationen dabei voll einzubeziehen;
- b) Mit den früheren sowjetischen Republiken, die gerade unabhängig und demokratisch geworden sind, und den Unterzeichnern des zukünftigen Unionsvertrages Arbeitsbeziehungen aufzubauen; und
- c) Ihre erste Sitzung in einem früheren Mitgliedstaat der Warschauer Vertragsorganisation auf großzügige Einladung der Ungarischen Nationalversammlung 1995 in Ungarn abzuhalten.